

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



Demonstrationen und Streiks für ein einheitliches Tarifrecht im öffentlichen Dienst

- **EU-Budget: Ausgleichungs- bzw. Angleichungspolitik versus Interventionspolitik – Seite 4**
- **Nordrhein-Westfalen: Abgesang für Rot-Grün? – Seite 8**
- **„Mit der Reichsbahn in den Tod“ – Seite 12**
- **München: AStA schreibt an den Stadtrat – Wie steht der Stadtrat zur Nachkriegsordnung? – Seite 13**
- **Internationale Sozialstandards – Mittel zur Sicherung eines gerechten Systems der Globalisierung – Seite 14**
- **Von Walter Stain bis Christa Stewens. Die bayerischen Arbeits- und Schirmherrschaftsminister – Seite 19**

Ausgabe Nr. 8 am 21. April 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier allerLänder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation : Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de - Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.:

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

77 Milliarden Euro steuerfrei

Tagesspiegel, 9.4. rül. Es wird immer interessant, wenn eines der vielen Geheimnisse des deutschen Unternehmenssteuerrechts gelüftet wird. So auch jetzt. Beim Treffen mit den Finanzministern der CDU-/CSU-regierten Länder über die Reform der Unternehmensbesteuerung gab Bundesfinanzminister Eichel bekannt, 2004 hätten alle deutschen Kapitalgesellschaften zusammen 207 Milliarden Euro Gewinne beim Fiskus gemeldet. Davon wurden 51 Milliarden Euro ins Ausland transferiert, damit sie der niedrigeren Auslandsbesteuerung unterliegen. Weitere 77 Milliarden Euro waren durch die zahlreichen Freibeträge und Schlupflöcher des Unternehmenssteuerrechts von der Steuer befreit. Blieben 79 Milliarden Euro, etwas mehr als ein Drittel der Gewinne, die der Körperschafts- und Gewerbesteuer unterlagen. Welcher gewöhnliche Sterbliche kann von sich behaupten, nur ein Drittel seines Einkommens der deutschen Steuer zu unterwerfen? Allein durch den Transfer von Gewinnen ins Ausland, so die Schätzung der Regierung, gehen Bund, Ländern und Kommunen jährlich 15 Milliarden Euro Steuern verloren. Trotzdem will die Regierung die Steuersätze für Unternehmen senken. Eichels Plan ist riskant: Durch die Senkung der Sätze der Körperschaftssteuer von 25 auf 19% soll der Transfer von Gewinnen ins Ausland fallen. Wenn künftig 10 Milliarden Euro Gewinne pro Jahr weniger ins Ausland transferiert werden, werde der Verlust des Fiskus durch die niedrigeren Steuersätze zur Hälfte wieder her eingeholt. Die noch fehlenden 3 Milliarden Euro sollen durch höhere Mindestbesteuerung und Änderungen der Abschreibung für Schiffs- und Medienfonds herein geholt werden. Der Bundesverband der Industrie verlangt eine sofortige Umsetzung dieses Plans. Ihm ist egal, ob Eichels Kalkulation aufgeht, Hauptsache, die Steuersätze sinken.

Echter Luxus

FAZ, 9.4. maf. Über glänzende Geschäfte und zweistellige Zuwachsrate berichten die Hersteller von Luxusuhren von der Uhrenmesse in Basel. Besonders erfolgreich sind Angebote im Preissegment über 30.000 Euro. Hier sei die Preiselastizität viel geringer. Wenn man bei Uhren um 30.000 Euro den Preis um etwa ein Zehntel erhöhe, verliere man weniger Kunden, als wenn die Grenze von 4.000 Euro überschritten werde, so Georges Kern, Chef der Schweizer IWC. - Gerade weil Uhren als Gebrauchsgegenstand von sehr vielen Menschen getragen werden, eignen sie sich sehr gut

als Abzeichen von gesellschaftlichem Rang, Kaufkraft und Geschmack. Das hier von ausgewiesenen Fachleuten registrierte Käuferverhalten wird wohl auf einen Trieb von Beziehern wirklich hohen Einkommens deuten, sich markant abzusetzen von Leuten, die sich auch mal was leisten.

Fördern klappt (noch) nicht

Stuttgarter Zeitung, 19.4. alk. Die von Clement und anderen mit der Reform des Arbeitslosengeldes versprochene besonders vorrangige Vermittlung jugendlicher Arbeitsloser kommt nicht in die Gänge. Der Chef der Bundesagentur Frank-Jürgen Weise sagte vor Journalisten in Berlin, bisher hätten die Vermittler mit 70.000 arbeitslosen Jugendlichen einen Eingliederungsplan erstellt. Laut Statistik sind aber 680.000 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos, davon 260.000 mit Arbeitslosengeld II. Ein Drittel der jugendlichen ALG-II-Empfänger habe keinen Schulabschluss; rund 70 Prozent hätten keine Ausbildung absolviert. Zwei Probleme scheint es vor allem zu geben: Zum einen sind viele Arbeitsgemeinschaften zwischen den Kommunen und der Bundesagentur noch nicht richtig in die Gänge gekommen. Zum anderen sind diese Jobcenter noch immer vor allem mit der Antragsbearbeitung beschäftigt und drittens schließlich, so berichtet die Bundesagentur, sei es für die Arbeitsagenturen oft nicht einfach mit den Jugendlichen in Kontakt zu treten. Auch die Einrichtung von Ein-Euro-Jobs geht langsamer vor sich, als vom Gesetzgeber erwartet. Seit Jahresbeginn seien nach Weises Angaben 60.000 Ein-Euro-Jobs neu eingerichtet worden, angestrebt sind über 500.000.

Berliner Sparkassen bald privat?

Handelsblatt, 12.4. rül. Die Berliner Sparkassen werden vermutlich bald in privater Hand sein. „Berlin ändert Sparkassengesetz. Durchbruch für Privatbanken“, jubelt das „Handelsblatt“. Ein im Senat schon vorliegender Gesetzentwurf soll das ermöglichen. Zum Hintergrund: Als der rot-rote Senat kurz nach seinem Amtsantritt die Berliner Landesbank durch Millionenzuschüsse aus dem Landeshaushalt und milliardenschwere Bürgschaften vor der Insolvenz bewahrte, die der Bank infolge der Spekulationsgeschäfte der früheren Landesregierung mit Diepgen und Landowsky (CDU) drohte, musste er sich dazu die Genehmigung der EU-Kommission holen. Die aber will schon lange im Auftrag großer privater Banken (u.a. der Deutschen Bank) das Sparkassen-System zerschlagen, weil sie in der Allianz von Ländern und Kommu-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

nen mit den Sparkassen eine Wettbewerbsstörung zu Lasten dieser privaten Banken sieht. Also genehmigte die EU-Kommission diese Beihilfen nur mit der Auflage, die Berliner Landesbank samt Sparkassen bis 2007 zu verkaufen. Das wird nun durch die Senatsvorlage vorbereitet. Sie sieht vor: Die Berliner Sparkasse bleibt ein öffentlich-rechtliches Institut, darf aber in Zukunft private Eigner haben, die die öffentlich-rechtlichen Aufgaben der Sparkasse weiterführen müssen. Erster Eigentümer bleibt der bisherige, nämlich die Berliner Landesbank. Die wird zum 1.1.2006 eine AG und kann damit von privaten Banken oder Firmen gekauft werden. Die sogenannten „Gemeinwohlpflichten“ der Sparkasse sollen so weiter geführt werden, also die Sicherung des Kreditbedarfs mittelständischer Unternehmer und wirtschaftlich schwächerer Bevölkerungskreise. Die Berliner Grünen haben die Senatsvorlage bereits begrüßt, und der Verband der Privatbanken, angeführt von Ex-Deutsche-Bank-Chef Breuer, ist auch froh. Bundesweit dürfte die Senatsvorlage wieder einmal ein Dammbruch werden – aber kein Dammbruch zum Guten.

Gesetzliche Sozialversicherung vorübergehend mit Überschuss

www.statis.de, 19.4. alk. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes ergab sich 2004 in der gesetzlichen Sozialversicherung insgesamt ein Überschuss in Höhe von 2,1 Mrd. Euro. Im Jahr 2003 wurde noch ein Defizit von 6,0 Mrd. Euro ausgewiesen. Die Ausgaben der Sozialversicherung beliefen sich 2004 auf 466,1 Mrd. Euro und fielen damit um 1,3% niedriger aus als im Jahr zuvor, die Einnahmen erreichten 468,0 Mrd. Euro, 0,4% mehr als 2003.

Die gesetzliche Krankenversicherung sorgten vor allem für den positiven Finanzierungssaldo. Der Überschuss summierte sich auf 4,0 Mrd. Euro, während im Vorjahr noch ein Defizit von 2,9 Mrd. Euro zu verzeichnen war.

Das Defizit der gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten hat sich im Jahr 2004 gegenüber 2003 fast halbiert auf 1,4 Mrd. Euro. Dieser kräftige Rückgang geht allerdings vor allem auf einen Sondereffekt zurück, nämlich Verkauf der Beteiligung an der Wohnungsgesellschaft Gagfah in Höhe von 2,1 Mrd. Euro. Die gesetzliche Pflegeversicherung schloss 2004 mit einem etwas höheren Defizit von knapp 0,8 Mrd. Euro ab. Bei der Bundesagentur für Arbeit ergab sich im Jahr 2004 zwischen den Einnahmen und den eigenen Ausgaben ein Defizit von 4,2 Mrd. Euro (2003: 6,2 Mrd. Euro).

Damit dürften die Erwartungen von Rot-grün, dass die Sozialversicherungsbeiträge in der Gesamtsumme gesenkt

werden können, zunichte sein. Zwar kann bei den Krankenkassen der Beitrag gesenkt werden, aber sowohl bei der Rentenversicherung als auch bei der Bundesagentur für Arbeit scheinen die Ausgaben stärker anzusteigen bei eher zurückgehenden Einnahmen.

Wehrpflicht verfassungsgemäß?

NGO-online, 15.4. scc. Das Verwaltungsgericht Köln hält die Wehrpflicht auch nach den jüngsten Gesetzesänderungen für verfassungswidrig. Die Kölner Richter setzten am 15.4. drei Klagen von Wehrpflichtigen gegen ihre Einberufung aus und legen die Frage, ob die gesetzlich geregelte Einberufungspraxis gegen die Wehrgerechtigkeit und damit gegen das Grundgesetz verstößt, dem Bundesverfassungsgericht vor. Dieses muss jetzt prüfen, ob es die Kölner „Richtervorlage“ zur Entscheidung annimmt. Im Januar hatte das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig das geänderte Wehrpflichtgesetz und die darauf basierende Einberufungspraxis für unbedenklich erklärt und ein früheres Urteil des Kölner Gerichts aufgehoben. Nach der neuen Einberufungspraxis sind größere Gruppen, insbesondere Verheiratete, über 23-Jährige und bedingt taugliche Wehrpflichtige von der Einberufung von vornherein ausgenommen. Das Kölner Gericht schloss sich Auffassung des Bundesverwaltungsgericht nicht an: Die Wehrgerechtigkeit sei, wenn die Wehrpflicht nicht allgemein greife und mehr als Hälfte der in Frage kommenden jungen Männer nicht eingezogen werde, von vornherein verletzt. – Das Bundesverfassungsgericht, das jetzt entscheiden muss, hat im letzten Jahr die Klage eines Wehrpflichtigen aus formalen Gründen abgelehnt, aber ausdrücklich erklärt, dass die Frage der Verfassungsgemäßheit der Wehrpflicht „offen“ sei.

EuGH-Urteil zu Mindestlohn

beck-aktuell-Redaktion, 14.4. hav. Deutschland muss bei der Kontrolle des Mindestlohns, den Arbeitgeber im EU-Ausland an ihre in die Bundesrepublik entsandten Arbeitnehmer zahlen, auch weiterhin nicht sämtliche von der ausländischen Firma geleisteten Zuschläge und Zulagen berücksichtigen. Denn Qualitätsprämien und Schmutz-, Erschwernis- oder Gefahrenzulagen seien keine Lohnbestandteile, die bei der Berechnung des Mindestlohns zwingend zu berücksichtigen seien, argumentierte der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil vom 14.4.2005 (Az.: C-341/02). Die Richter wiesen damit eine von der Europäischen Kommission gegen Deutschland gerichtete Vertragsverletzungsklage größtenteils ab. Wenn Zuschläge nicht einbezogen werden, müssen ausländische Arbeitgeber einen



umso höheren Mindestlohn zahlen. Der Gerichtshof führte weiter aus, dass der Bruttolohn für die Bestimmung des Mindestlohnes maßgeblich sei. Sodann stellte er eine Vertragsverletzung Deutschlands fest in Bezug auf die Berücksichtigung der von einem Arbeitgeber gezahlten Zuschläge oder Zulagen, die bei der Berechnung des Mindestlohns nicht das Verhältnis zwischen der Leistung des Arbeitnehmers und der von ihm erhaltenen Gegenleistung veränderten. Zugleich müsse Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen auch ein gezahltes 13. und 14. Monatsgehalt bei der Bestimmung des Mindestlohns einbeziehen.

Schily weist Finanzpläne der EU-Kommission für die europäische Innenpolitik zurück

hav. Die geplante Verdreifachung der EU-Ausgaben für die Innen- und Justizpolitik stößt auf harsche Kritik der Bundesregierung. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) lehnte die Finanzplanung von EU-Kommissar Franco Frattini bei einem Ratstreffen in Luxemburg am 14.4.2005 ab. Frattini will in der Finanzperiode 2007 bis 2013 fast 8,3 Milliarden Euro für seine Politikfelder ausgeben und dabei unter anderem die Grenzsicherung, die Asylpolitik und die Integration von Ausländern mit EU-Geld fördern. „Da sind wir zum Teil sehr kritisch“, sagte Schily. Es sei sinnvoll, die polizeiliche Zusammenarbeit mit Mitteln aus Brüssel zu fördern. Die Integrationspolitik könne hingegen nicht europäisch finanziert werden, meinte der Minister. „Das gilt auch für die Grenzsicherung.“ Schily machte deutlich, dass dies eine Aufgabe der betroffenen Mitgliedstaaten sei. Vor allem Mittelmeerländer wie Italien und neue EU-Staaten mit Außengrenzen im Osten hoffen auf Unterstützung aus Brüssel. Frattini hat 2,152 Milliarden für den Schutz der Außengrenzen in seinem Haushalt eingeplant.

Zusammenstellung: alk

Ausgleichungs- bzw. Angleichungspolitik versus Interventionspolitik

Der Rat der Europäischen Union, jenes gemeinsame Gremium der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten, hat in seiner Tagung am 22./23. 3.2005 u.a. ein Beschlussdokument verabschiedet, das im Wesentlichen die bisherigen Festlegungen bzw. Regelungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts bekräftigt:

„Die beiden nominalen Eckwerte des Pakts – der Defizit-Referenzwert von 3% des BIP und der Schuldenquoten-Referenzwert von 60% des BIP – haben sich bewährt und bilden weiterhin das Kernstück der multilateralen Überwachung ... – Der Pakt muss in allen Ländern gerecht und einheitlich angewandt und von der Öffentlichkeit verstanden werden ... – In einer von erheblicher Heterogenität und Vielfalt geprägten Europäischen Union mit 25 Mitgliedsstaaten wäre ... jedoch ein verbessertes gemeinsames Regelwerk mit stärkerer Betonung der ökonomischen Logik seiner Regeln eher in der Lage, auf Unterschiede in der wirtschaftlichen Situation der einzelnen Länder der EU einzugehen. Ziel ist daher, die ökonomischen Grundlagen des derzeitigen Regelwerks zu verbessern und somit seine Glaubwürdigkeit und Umsetzung zu stärken. Ziel ist nicht, die derzeitigen Regeln starrer oder flexibler zu machen, sondern sie vielmehr effektiver zu gestalten. [...]“¹

Wie die Beschlussfassung – sowie die vorausgegangene Auseinandersetzung – verdeutlicht, betrifft der Pakt nicht nur die Interessen jener Staaten, die teilhaben an der gemeinsamen Euro-Währung, sondern er betrifft die Interessen aller Mitgliedsstaaten: Das, was hier als „Regelwerk“ bzw. als „Kernstück der multilateralen Überwachung“ benannt wird, soll der Herstellung bzw. Aufrechterhaltung von solchen (inner-mitgliedstaatlichen) wirtschaftlichen Verhältnissen dienen, welche die Gewähr für den eigenen kontinuierlichen Beitrag zum EU-Budget bieten! Das impliziert auch, dass die einzelne mitgliedstaatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik auf die schrittweise Beseitigung solcher Faktoren (im eigenen Land) Bedacht nimmt, welche die legitime Inanspruchnahme von Budgetmitteln in verantwortungsbewussten Grenzen hält oder sie ganz entbehrlich macht. Der „ökonomischen Logik“ der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts, welche die Beschlussfassung stärker betont wissen will, liegt somit ein spezifisches Solidaritätsver-

ständnis zugrunde, das sich in der allseitigen Akzeptanz differenziert festgelegter Zufluss-/Rückfluss-Raten äußert. In einigen Fällen – das betrifft wirtschaftlich stärker entwickelte Mitgliedstaaten – bedingt dieses Solidaritätsverständnis, dass der Beitragszufluss zum EU-Budget den Mittelrückfluss mehr oder minder übersteigt (so genannte „Nettoein Zahler“). Hier kann die zugrundeliegende Festlegung ihre Berechtigung ziehen aus der Tatsache der größeren Nutznießung des Binnenmarkts durch das Industrie-, Handels- und Finanzkapital dieser Staaten. Dieser Sachverhalt wird weiter unten näher behandelt werden.

Was hier zunächst angesprochen werden soll, ist die Tatsache, dass der Gemeinschaftshaushalt der EU bislang hauptsächlich geprägt ist von zivilgesellschaftlichen Erwartungen bzw. Ansprüchen, welche die Ausgleichung bzw. Angleichung der Lebensstandards innerhalb der Union betreffen. Demgegenüber offenbart die jüngste, von Deutschland und Frankreich angestrebte Auseinandersetzung um die Kriterien der Bewertung mitgliedstaatlicher Haushaltsdefizite (durch die EU-Kommission) ein Interesse, das hinzielt auf die Zurückdrängung jener zivilgesellschaftlichen Ansprüche bzw. auf die zunehmende Verankerung militärischer Zweckverwendungen des EU-Budgets. Dieser Interessenkonflikt hat in einer entsprechenden Festlegung (der o.a. Beschlussfassung) zur Frage der Akzeptanz bestimmter Defizitgründe seinen Niederschlag gefunden: „In diesem Zusammenhang sind insbesondere haushaltspolitische Anstrengungen zu berücksichtigen, [a)] die darauf abzielen, Finanzbeiträge zugunsten der internationalen Solidarität aufzustocken oder auf einem hohen Niveau zu halten und [b)] um Ziele der europäischen Politik zu verwirklichen, insbesondere den Prozess der Einigung Europas, falls er sich nachteilig auf Wachstum und Staatshaushalt in einem Mitgliedstaat auswirkt. [...]“¹. Wenngleich der erste Teil dieser Festlegung so formuliert ist, dass er z. B. für zivilgesellschaftliche Mittelzuwendungen im Falle anderweitiger Naturkatastrophen in Ansatz gelangen kann – ist hier dennoch die Verankerung zukünftiger Legitimität von militärisch bedingten mitgliedstaatlichen Haushaltsdefiziten gelungen. Hier soll kurz skizziert werden, wie sich die Sache hat entwickeln können.

Finanzbeiträge zugunsten der internationalen Solidarität

2002. In ihrem Redebeitrag anlässlich des Kasseler Friedensratschlags am 7.12.2002 hat – als erste und einzige öffentliche Person – das Mitglied des Europäischen Parlaments (seinerzeit auch tätig in der Arbeitsgruppe „Verteidigung“ des verfassungsgebenden „Europäischen Konvents“), Frau Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, auf folgenden Zusammenhang sofort aufmerksam gemacht²: Zum einen hatten der deutsche Außenminister Fischer und sein französischer Amtskollege de Villepin wenige Tage zuvor überraschend ein Strategiepapier – „Fortentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion“ – in den Konvent eingebracht, das die diesbezügliche Erörterung ausrichten sollte auf die möglichst weitgehende Verankerung einer vom Interventionismus geprägten Militärpolitik in der Verfassung. Über diese Verankerung, so das zugrundeliegende Kalkül, lassen sich die entsprechende Ausgaben zukünftig als verfassungskonforme – sprich: legitime – Ausgaben deklarieren. Zum andern hatte kurze Zeit davor die französische Verteidigungsministerin Alliot-Marie in einem Gespräch mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ geltend gemacht, dass „... die Sicherheit ... in der heutigen Weltlage Vorrang vor den Budgetregeln haben [muss]“. Deshalb dürfe der Stabilitäts- und Wachstumspakt einer substanziellen Steigerung der Verteidigungsausgaben nicht im Wege stehen³. Aus ihren weiteren Ausführungen wurde deutlich, dass sie der deutschen Seite in dieser Angelegenheit einen entsprechenden gemeinsamen Standpunkt vorgeschlagen hat: Demnach sollten beide Mitgliedstaaten ihre jeweiligen „Rüstungsausgaben bei der Berechnung des Haushaltsdefizits von maximal drei Prozent des EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts künftig nicht mehr ... berücksichtigen“³ – sprich: nicht mehr in Ansatz bringen lassen von der defizitbewertenden EU-Kommission. „Bundesverteidigungsminister Peter Struck habe sich für diesen Vorschlag ‚sehr empfänglich‘ gezeigt, so die Ministerin. Die französische Regierung will trotz angespannter Haushaltsslage den Verteidigungsetat in den nächsten fünf Jahren auf 2,1 Prozent des Bruttoinlandprodukts erhöhen. „Wir erwarten, dass alle Staaten, die sich an einer europäischen Verteidigungsunion beteiligen“

wollen, eine ähnliche Anstrengung unternehmen‘, sagte Frau Alliot-Marie dem SPIEGEL. Struck sei ‚im Prinzip‘ mit ihr einverstanden.³

2003. Wie sehr die hier wiedergegebenen Absichten dem zivilgesellschaftlichen öffentlichen Interesse an der Ausrichtung des EU-Haushalts und an der entsprechenden Zweckverwendung seiner Budgetmittel Rechnung zu tragen haben, wird u. a. ersichtlich aus dem Protokoll der gemeinsamen Sitzung der beiden Ausschüsse des Deutschen Bundestags und der Französischen Nationalversammlung am 24.9.2003, die mit „[Angelegenheiten] der Europäischen Union“ befasst sind. Zu einem der Teilnehmer-Redebeiträge, der sich u. a. auch mit den deutschen und französischen „Verteidigungsausgaben“ befasst, wird in diesem Protokoll Folgendes festgehalten: „*Abg. Pierre Lellouche* gab zu bedenken, dass man, auch wenn der vorgelegte Entwurf des Konvents einen bedeutenden Fortschritt darstelle, den Tatsachen ins Auge blicken müsse. De facto gehe es Frankreich und Deutschland nicht gut: sie ... verzeichneten erhebliche Defizite und würden von vielen der kleinen Staaten nicht als gutes Beispiel betrachtet. (...). – Wenn der Entwurf der Europäischen Verfassung Gegenstand eines Referendums werde – wie dies der Fall sein sollte – dürfe man die Schwierigkeiten, die die politischen Eliten bei der Überzeugung der Öffentlichkeit haben würden, nicht unterschätzen. [So könne man] ... zum Beispiel ... nicht gemäß dem Vorschlag von Verteidigungsministerin Alliot-Marie dafür sorgen, dass die Ausgaben für militärische Investitionen im Rahmen des Stabilitätspaktes nicht berücksichtigt würden“⁴!

2004. Aus einem Bericht zu einem in Paris am 2./3.10.2004 durchgeführten „Kolloquium Außen- und Sicherheitspolitik“ der Konrad-Adenauer-Stiftung (auf dem auch Frau Alliot-Marie anwesend war) gehen ähnliche Feststellungen hinsichtlich der Haltung der Öffentlichkeit gegenüber den eigenen militärpolitischen Absichten hervor. Zu Beginn der Zusammenfassung wird hervorgehoben, dass „diesmal der Fokus auf die Rüstungsindustrie als Teil einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gerichtet [war]. Entsprechend groß war der Kreis anwesender Spitzenvertreter der wehrtechnischen Industrie ... Da während der Diskussionen keine Medienvertreter zugelassen waren, konnten die Probleme einer gemeinsamen europäischen Rüstungspolitik in großer Offenheit angesprochen werden. [...]. – ... Im politischen Bereich zeigen sich die Herausforderungen sowohl auf der nationalen wie auch auf der europäischen Ebene: ... Nach wie vor gibt es in der Öf-

fentlichkeit der meisten EU-Mitgliedsländer keine adäquate Bedrohungswahrnehmung. [Auch] ... die jüngsten Terroranschläge (Madrid) ... haben ... nicht zu der breiten Erkenntnis geführt, dass ‚Sicherheit‘ unter den neuen Rahmenbedingungen nach dem 11. September nur durch die Bereitstellung erheblicher Mittel (nicht nur im militärischen Bereich) gewährt werden kann. Folglich fehlt es auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger an der Bereitschaft, sich für eine Veränderung der Haushaltsprioritäten vom sozial-konsumtiven zum sicherheitspolitisch-investiven Bereich einzusetzen. [...] Fakt ist ..., dass der Rüstungsbereich in Europa mit erheblichen Ressentiments zu kämpfen hat ... [...]. Eine ... Option wäre es, den europäischen Stabilitätspakt im Sinne gemeinsamer europäischer Verteidigungsprojekte zu nutzen. So könnte eine Verletzung des ‚Drei-Prozent-Ziels‘ als akzeptabel angesehen werden, wenn die aufgewendeten Mittel in den verteidigungsinvestiven Bereich fließen würden. Allerdings wurde diese Option meist kritisiert, weil sie der ‚kreativen Buchführung‘ Vorschub leisten würde.“⁵

Anlässlich des Treffens von Bundeskanzler Schröder und Staatspräsident Chirac, ca. zwei Wochen vor der einangs angesprochenen Tagung des Europäischen Rates, unterstützte die französische Seite zum einen die deutsche Forderung nach Berücksichtigung ihres Beitrags zum EU-Haushalt („Nettoeinzelner“) und ihrer „Sonderlasten in

Folge der Wiedervereinigung“ bei der Bewertung ihres Haushaltsdefizits. Zum andern bekräftigte sie erneut ihre eigene Forderung nach Ausklammerung der Militärausgaben aus dem Kriterienkatalog dieses Bewertungsverfahrens: „[...] **Chirac für Rüstungsklausel** – Chirac fügte dem seine alte Forderung hinzu, Länder mit hohen Verteidigungsausgaben gesondert zu bewerten. Der Präsident sprach von ‚Ausgaben, die für das Gemeinwohl Europas vorgesehen sind‘, und kritisierte, dass ‚diejenigen, die in diesem Bereich hohe Ausgaben haben, schlechter behandelt werden als diejenigen, die das nicht tun.‘ Frankreich gehört mit Großbritannien zu den EU-Mitgliedern mit den höchsten Militäraushälften ...“⁶

Unmittelbar vor dem Zusammentreffen jener o.a. Rats-Konferenz meldet das FAZ.NET einerseits mehrheitliche Zurückweisung dieser deutschen Forderung nach Berücksichtigung der „Transferzahlungen an die neuen Bundesländer“ innerhalb der EU. Und andererseits findet sich hier erneut ein Hinweis auf jene oben skizzierte Linie der Verankerung der Militärausgaben als legitime Defizitursache im diesbezüglichen Kriterienkatalog der EU-Kommission: „Im Streit um die Reform des Euro-Stabilitätspaktes liegt nach den Informationen der britischen Zeitung ‚Financial Times‘ ein neuer Kompromissvorschlag auf dem Tisch. Wie das Londoner Blatt ... berichtete, übermittelte der amtierende EU-Ratspräsident, Luxemburgs Premierminister



Eines der größeren multinationalen Rüstungsprojekte der Bundesregierung, das vor seiner Verabschiedung steht, ist das Luftabwehrsystem MEADS („Medium Extended Air Defense System“). Beteiligt sind an dem Projekt, das ab 2015 das Patriot-Flugabwehrsystem ersetzen soll, sind außerdem Italien und die USA. Eine SWP-Studie veranschlagte für die Deckung der amerikanischen, deutschen und italienischen Nachfrage nach dem System Kosten in Höhe von 30 Mrd. US-Dollar. Die Bundeswehr geht derzeit von etwa einer Milliarde Entwicklungskosten und 2,85 Mrd. Euro für die Beschaffung von bis zu zwölf Batterien MEADS aus. Befürworter von MEADS machen geltend, dass das Luftabwehrsystem vor allem benötigt wird, wenn die NATO oder die EU Streitkräfte in anderen Teilen der Welt einsetzt.

Jean-Claude Juncker, den Entwurf in die Hauptstädte der 25 EU-Staaten. [...] – Aus Berliner Regierungskreisen wurde ... bemängelt, dass eine Formulierung zu den deutschen Wiedervereinigungskosten weiterhin fehle. Deutschland pocht in der Debatte darauf, dass diese Ausgaben bei der Beurteilung der Haushaltsslage berücksichtigt werden ... Viele Staaten sind jedoch dagegen. [...] – Die umstrittene deutsche Forderung nach Anrechnung der Einheitskosten hat nach Junckers Einschätzung kaum Chancen im Kreis der 25 EU-Staaten. „Zwar habe ich Verständnis dafür, dass die deutsche Einheit ein Kostenpunkt ist, der schwer zu schultern ist“, sagte Juncker dem ‚Spiegel‘. „Allerdings können auch andere Länder darauf verweisen, dass sie fast 60 Jahre von den europäischen Märkten ausgeschlossen waren und einen entsprechenden Anpassungsprozess durchlaufen müssen. Insofern schiene es mir gefährlich, diesem deutschen Wunsch zu entsprechen.“ – Allerdings sollen der ‚Financial Times‘ zufolge höhere Ausgaben für ‚europäische Politikziele‘ ein Kriterium sein, um ein zu hohes Defizit zu rechtfertigen ... In der Debatte sind da beispielsweise Ausgaben für Forschung, Bildung und Verteidigung.“⁷

Finanzbeiträge zwecks Verwirklichung von Zielen europäischer Politik

Vor dem Hintergrund der Beschlussfassung des Europäischen Rats – und bei sorgfältigem Studium der diesbezüglichen Berichterstattung! – kann zu diesem Punkt schwerlich ein „deutscher Sieg“ festgestellt werden. Die jährlichen West-Ost-Transferzahlungen in Höhe von rund 80 Milliarden Euro, die Deutschland als defiziterklärende „Sonderbelastung“ anerkannt wissen wollte – wurden nicht nur mit dem Hinweis darauf abgewiesen, dass diese „Belastung“ schon seit 15 Jahren besteht und insofern nicht als Ursache des seit einigen Jahren bestehenden Defizits geltend gemacht werden kann. Sondern diese Transferzahlungen müssen nunmehr bzw. zukünftig dahingehend ausgewiesen werden, dass sie den „Prozess der Einigung Europas“ verwirklichen – und zwar in Richtung Ausgleich bestehender Disparitäten! Hier wird man gespannt sein dürfen, wie dieser Nachweis erbracht werden soll entlang einer Transferzahlungspolitik, welche bislang die stetige Vertiefung der ökonomischen Abstufung des ehemaligen DDR-Staatsterritoriums gegenüber dem ehemaligen BRD-Staatsterritorium bewirkt hat. Das betrifft vor allem solch eine zentrale Zielsetzung der EU-Ausgleichspolitik wie die Schaffung einer Infrastruktur, welche der Um-



Der Stadt-Land-Gegensatz ist in Polen besonders groß. Landflucht großen Ausmaßes droht. Die EU-Haushaltspolitik kann erheblich dazu beitragen, die Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung zu verbessern und die Entwicklung auch der ländlichen Regionen zu fördern.

wandlung großer Regionen in bloße Reservoirs für Arbeitskräftezufuhr entgegenwirkt – v. a. durch Erhaltung bzw. Neuschaffung dortiger Arbeits- und Lebensmöglichkeiten.

Was die andere Forderung der deutschen Seite anbelangt – die Berücksichtigung des eigenen Beitrags zum EU-Haushalt („Nettoeinzahler“), so war sie schon deshalb nicht mehrheitsfähig, weil hier die Tatsachen eine völlig andere Sprache sprechen: Die Bundesregierung setzt in dieser Angelegenheit auf eine gewisse öffentliche Unkenntnis darüber, dass das deutsche Industrie-, Handels- und Finanzkapital mit Abstand der Hauptnutznießer nicht nur der bisherigen, sondern auch der erweiterten EU ist. Hier kann sie realiter keinen mehrheitlichen Zuspruch aus dem Kreis der EU-Mitgliedstaaten für ihre Forderung erwarten. Diese Hauptnutznießung der deutschen Seite ist zum Beispiel im Unterabschnitt ‚Der Beitrag der Kohäsionspolitik zum Wachstum der Union‘ des aktuellen ‚Dritten Berichts der Kommission über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der [Europäischen] Union‘ (2004) mit entsprechenden Anteilszahlen benannt. In diesem Zusammenhang sind v. a. die nachfolgenden Feststellungen des Berichts von prinzipiellem Interesse, weil sie eine spezifische Europa-Konzeption deutlich machen:

„Mithilfe einer Steigerung der Produktivität und einer Anhebung der Beschäftigung hohe Wachstumsraten in den Beitrittsländern zu erzielen, ist nicht nur deshalb wichtig, um dort den Lebensstandard zu heben und die Mittel aufzubringen, die erforderlich sind, um Verbesserungen in der Infrastruktur, den kommunalen Dienstleistungen usw. zu finanzieren, sondern es ist auch für die derzeitigen [EU-15] Mitgliedsstaaten wichtig. [...] – Strukturelle Defizite bei der Ausstattung mit Infrastruktur sowie beim Humankapital führen dazu, dass diese Länder – ebenso wie zahlreiche rückständige Regionen und Pro-

blemregionen in der EU-15 – nicht in der Lage sind, in dem Maße zur Wettbewerbsfähigkeit der Union als Ganzem beizutragen, wie sie dies eigentlich könnten. [...] Eine Reduzierung der Disparitäten würde somit die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft und deren Kapazität zu nachhaltigem Wachstum stärken. [...]“⁸

Hier ist bemerkenswert, dass das Potenzial des Ganzen ausdrücklich begriffen wird als Synergie seiner schrittweise anzulegenden Teile: Die reichsdeutsche ebenso wie die großdeutsch-faschistische Europa-Konzeption gingen beide nicht nur auf der politischen Ebene von einem hierarchisch abgestuften Ganzen aus – wo also totalitäre Unterordnung des Ganzen unter das Zentrum der Fall sein sollte. Sondern hier war auch auf der ökonomischen Ebene die in konzentrischen Kreisen um das Zentrum angeordnete Peripherie angedacht als hierarchisch abgestufter „Ergänzungsräum“. Das ist wichtig – und zwar als Abgrenzungs- und Unterscheidungskriterium! Denn der hier zitierte Kommissionsbericht spiegelt demgegenüber eine Europa-Konzeption wieder, die erkennbar geprägt ist vom Gedanken der wechselseitigen (mehr oder minder großen) Vorteilsnahme. Das betrifft den eigentümlichen Charakter der EU-Ausgleichspolitik: Die im Bericht angesprochene „Reduzierung der Disparitäten“ hat die Angleichung der Lebensstandards in der Union durch differenziert ausgleichende Anhebung zum Zweck. Im Selbstverständnis der hier zugrundeliegenden Europa-Konzeption kann dies erreicht werden mittels des im EU-Budget verankerten Umverteilungsmechanismus. Er ermöglicht – diesem Selbstverständnis zufolge – die Mitnutzung der wirtschaftlichen Kraft der entwickelteren Seite durch die weniger entwickelte Seite. Das eingangs behandelte „Regelwerk“ des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist insofern hier einzuordnen.

huh

Quellen:

- 1 <http://europaea.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=DOC/05/1&format=HAT...> Anlage II
- 2 http://www.mdep-kaufmann.de/print.html?article_id=256 Friedensmacht Europa? Welchen Beitrag leistet der Konvent? – 07.12.2002
- 3 *Der Spiegel* 49/2002 – 30. November 2002 – Frankreichs Verteidigungsministerin ...: „Sicherheit hat Vorrang vor EU-Budget-Diszplin“
- 4 Deutscher Bundestag ... – Protokoll der 27. Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union – Gemeinsame Sitzung ... 24. November 2003
- 5 Konrad-Adenauer-Stiftung Paris/Kolloquium Außen- und Sicherheitspolitik... Bericht, Oktober 2004
- 6 Financial Times Deutschland – FTD, 8.3.2005
- 7 FAZ.NET – FTD, 19.3.2005
- 8 http://europaea.eu.int/smartaapi/cgi/sga_doc?smartaapi!celexplus!prod!DOCNumber&lg=d... S. 46f.

Demonstration und Streiks für einheitliches Tarifrecht

Hannover. An den Streiks und Warnstreiks am 11.4.2005 haben sich insgesamt 5.500 Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Landesdienstes in Niedersachsen beteiligt. Dies stelle am neunten Streittag seit Oktober in Niedersachsen die stärkste Beteiligung dar, so die Gewerkschaft ver.di. Auf dem Opernplatz in Hannover kamen 4.000 Beschäftigte zu einer öffentlichen Streikversammlung zusammen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Weitere 1.500 Beschäftigte befanden sich an diesem Tag in bis zu vierstündigen Warnstreiks in ihren Dienststellen und Einrichtungen vor Ort. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ver.di, GdP und GEW hatten Arbeitnehmer aus allen Bereichen des öffentlichen Landesdienstes zu Warnstreiks, Streiks und Solidaritätsaktionen aufgerufen, wie zum Beispiel die Autobahn- und Straßenmeistereien (57 von 70), Landesbehörden – 11 Ämter für Geoinformation und Liegenschaften, 9 Finanzämter, – Nds. Landesamt für Statistik – Landessozialverwaltung Han-



(Göttingen, Braunschweig, Hannover und Cuxhaven sowie Polizeibereiche.

In dem Aufruf zum Streik wurde gefordert:

- Für einen einheitlichen Tarifvertrag
- die Wiederinkraftsetzung der Tarifverträge zum Weihnachts- und Urlaubsgeld,
- den Erhalt der 38,5 Stunden-Woche in West und der 40 Stunden-Woche in Ost
- die Wiederinkraftsetzung der gekündigten Arbeitszeitbestimmungen im Tarifgebiet West.

Wir wollen auch, dass das neue Tarifrecht des öffentlichen Dienstes auf die Länder übertragen und unsere Einkommen wie für die Beschäftigten bei Bund und Gemeinden erhöht werden!

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske,



Am 11. April beteiligten sich in Niedersachsen (Bilder oben: zentrale Kundgebung in Hannover), in Husum, Dortmund, Duisburg, Bochum, Herford-Minden, Bielefeld, Münster, im Saarland, mehreren Städten Baden-Württembergs und in München 12.000 an den Warnstreiks. Am 12.4. fanden Warnstreiks und Demonstrationen wiederum in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Hamburg (Bild) statt, wo sich auch viele GEW-Mitglieder beteiligten.

nover, Hildesheim, Osnabrück, Einrichtungen des Gesundheitswesens, wie die Uniklinik Göttingen, die MHH und 7 von 10 Landeskrankenhäusern, mehrere Hochschulen (TU Braunschweig, Uni Osnabrück, Uni Lüneburg, FH Wilhelmshaven, Uni Oldenburg, Uni Hildesheim), Staatstheater (Braunschweig und Oldenburg), Hafenämter in Cuxhaven, verschiedene Förderschulen

Hauptredner der Kundgebung, forderte auf der zentralen Streikkundgebung in Hannover die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) auf, die Tarifreform im öffentlichen Landesdienst zu übernehmen und die Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie die Arbeitszeitverlängerung zurückzunehmen. „Wir brauchen ein einheitliches Tarifrecht für den gesamten öffentlichen Dienst in Deutschland. Der Tarifabschluss von Potsdam mit dem Bund und den Kommunen bedeutet eine grundlegende Reform des seit 40 Jahren bestehenden Tarifrechts. Dieser Abschluss ist geeignet, den öffentlichen Dienst zukunftsfit zu machen,“ sagte Bsirske.

Weitere Beschäftigte der Gewerkschaft der Polizei und der GEW bekräftigten die Forderung nach einem Tarifvertrag.

Der Verhandlungsführer der Länder, der als Hardliner bekannte Finanzminister Möllring (CDU), fordert: „Man könne über alles verhandeln, die Länder bräuchten aber Öffnungsklauseln zur Arbeitszeit, zu Weihnachts- und Urlaubsgeld“. Diesem Vorschlag Möllrings, zunächst die strittigen Punkte auszuklammern und die anderen zu beschließen, lehnte Bsirkse ab. Ziel müsse es sein, einen Flächentarifvertrag für alle garantieren zu können.

Dass so viele dem Aufruf von ver.di gefolgt sind, ist ein Erfolg vor dem Hintergrund, dass der Organisationsgrad in den Landesbehörden nicht sehr hoch ist und der Tarifvertrag für die Kolleginnen und Kollegen im kommunalen Bereich abgeschlossen, also nicht für eine organisierte Unterstützung aufgerufen werden kann. Und auch vor dem Hintergrund der bekannten Hetze, dass z. B. in den Krankenhäusern die Versorgung nicht mehr gewährleistet sei, obwohl bekannt ist, dass Notdienstvereinbarungen abgeschlossen wurden. Oder wie beim letzten Streik, wo behauptet wurde, dass die Straßenmeistereien Schuld an einem Unfall gewesen sind. Tatsächlich ereignete sich der Unfall bereits vor dem Streik.

Da nicht davon auszugehen ist, dass die kommenden Gespräche am Donnerstag, 14.4.2005 zu dem von ver.di angestrebten Abschluss kommen, werden weitere Aktionen notwendig sein. Angesichts der Tatsache, dass die Kürzungen in Niedersachsen bei Neueinstellungen, Verlängerung von Arbeitsverträgen, Höhergruppierungen bis zu 12% betragen und der Innenminister längerfristig anstrebt, die wöchentliche Arbeitszeit auf 42 Stunden heraufzusetzen sind harte Fakten, die zu weiteren Aktionen für die aufgestellten Forderungen zwingen.

bee

(Quellen: Pressemitteilungen von ver.di v. 12.4.05)

Abgesang für Rot-Grün?

Die Umfragen zur Landtagswahl in NRW sind alles andere als knapp, sondern eindeutig. Infratest dimap z.B. kommt bei der zweiten „Sonntagsfrage“ in NRW im April auf 35 % für die SPD, 8 % für die Grünen, 45 % für die CDU und 7 % für die FDP. Der Abstand von Rot-grün und Schwarz-gelb beträgt also 9 %. Da kann man kaum noch von einem Kopf-an-Kopf-Rennen sprechen. Seit Anfang Februar, als die durch Hartz IV auf eine Millionen Arbeitslose allein in NRW hochgeschnellte Arbeitslosenstatistik bekannt wurde, sind die Umfragewerte der SPD weiter gesunken, in den letzten Wochen auch die der Grünen. Trotzdem wird SPD-Ministerpräsident Steinbrück nicht müde zu behaupten, die Wahl würde erst in den letzten Wochen vor dem 22. Mai entschieden. Infratest dimap geht davon aus, dass ein Fünftel der Wählerinnen und Wähler noch unentschieden ist.

Die SPD reagiert auf diese Situation hilflos. Ihr Problem besteht vor allem in der geschwundenen Mobilisierungsfähigkeit unter ihrer traditionellen Wählerschaft. Franz Müntefering, Parteivorsitzender und guter Kenner des Landes NRW, fand deutliche Worte gegen den „Kapitalismus pur“ der Konzern-Vorstände – als ob es einen Schwenk der SPD zur „Neuen Mitte“ nie gegeben hätte. Die Konzernchefs, denen er vorwarf, die „Vorleistungen“ der Regierung in Form von z.B. drastischen Senkungen der Unternehmenssteuern nicht zu honorierten und in Arbeitsplätze umzusetzen, hatten für diese Kritik nur ein müdes Lächeln übrig. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt wertete die Aussage als „Zeichen von Unsicherheit“. Vermutlich wird die Kritik auch die Landesbeschäftigte kaum beeindrucken, die mit Hilfe von Warnstreikaktionen der Gewerkschaft ver.di zur Zeit die vom Land NRW für Beamte bereits angeordnete Verlängerung ihrer Arbeitszeiten verhindern wollen, ganz zu schweigen von den Alg II-Beziehern, die derzeit mit Umzugsforderungen der Kommunen wegen zu hoher Mietkosten konfrontiert werden.

Und Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, der Münteferings Kritik ausdrücklich unterstützte und rechts wendete, in dem er zusätzlich einen „Schuss modernen Patriotismus“ von deutschen Unternehmen forderte, wurde sogar vom bayerischen Ministerpräsi-

denten Edmund Stoiber links überholt. Der erklärte: „Wer solche Kritik übt, der muss eigentlich den Binnenmarkt schließen und die nationalen Grenzen wieder hochziehen.“

Auf Migrantinnen und Migranten übt die Landesregierung derweil massiven Druck aus: Obwohl dies in der Bundesgesetzgebung nirgends vorgesehen ist und auch Landesinnenminister Fritz Behrens vor kurzem noch datenschutzrechtliche Bedenken hatte, hat die Landesregierung alle nach dem 1.1.2000 eingebürgerten Einwohner türkischer Abstammung anschreiben lassen und aufgefordert, sich zu erklären, ob sie nachträglich wieder eine zweite Staatsbürgerschaft angenommen haben. Das neue Staatsbürgerschaftsrecht sieht in diesem Fall den automatischen Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft vor. Mehr noch, in den Briefen wird den Betroffenen erläutert, dass sie Wahlbetrug begingen, wenn sie trotz eines zweiten Passes wählen gehen. Bei Migrantenvverbänden und der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte, deren Vorsitzender für die SPD für den Landtag kandidiert, ist dieses Anschreiben auf helle Empörung gestoßen. Die CDU, die das Thema der doppelten Staatsbürgerschaft aufgeworfen hatte, kann sich beruhigt zurück legen.

Politische Ziele von CDU und FDP im Dunkeln

Über die von der CDU für den Fall eines Regierungswechsels im Bund angekündigten sozialen Grausamkeiten spricht angesichts der Situation von

Rot-grün kaum jemand. Die Vorstellungen der Landes-CDU für einen Regierungswechsel in NRW bleiben weitgehend im Dunkeln. In ihrer Wahlkampagne beschränkt sich die CDU weitgehend darauf, ihre Finger in die Wunden rot-grüner Landespolitik zu legen. Auf Plakatwänden prangert z.B. ein Arbeiter mit Schutzhelm die schlechten wirtschaftlichen Bedingungen und eine Million Arbeitslose in NRW an. Die FDP spielt nur als Mehrheitsbeschaffer für die CDU eine Rolle.

Mit konkreten Aussagen tritt Spitzenkandidat Jürgen Rüttgers Rot-grün ausgerechnet auf deren ureigenem Feld gegenüber, der Bildungspolitik. Die CDU verspricht die Neueinstellung von 20.000 Lehrern in NRW, um der Bildungsmisere Abhilfe zu schaffen. Dabei will die CDU das dreigliedrige Schulwesen beibehalten und verstetigen, d.h. die Gesamtschulen zurückfahren, obwohl die vorhandenen Plätze inzwischen in NRW in den Großstädten den Bedarf nicht mehr decken können. Zu einer Kampagne für eine einheitliche Schulausbildung mindestens bis zum 10. Lebensjahr, die durchaus erwogen wurde, hatte die SPD keinen Mut. Bei den Grünen steht die Forderung nur im Programm.

Trotz der in den Umfragen festgestellten deutlichen Abstände der beiden Lager, wird der Lagerwahlkampf Rot-grün gegen Schwarz-gelb gerade der PDS zu schaffen machen, die als „Soziale Alternative“ in 116 von 129 Wahlkreisen direkt antritt. Da jeder Wähler bei der Landtagswahl in NRW nur eine Stimme hat, ist sie damit für 90 % der Wählerinnen und Wähler wählbar. Schmerzlich ist vor allem, dass es nicht gelang, Direktkandidaturen der PDS in der Großstadt Hamm, in Gütersloh und in einem der drei Wahlkreise im Kreis Neuss zu sichern. In Neuss ist die PDS sogar im Kreistag vertreten. Die Ergebnisse der letzten Kommunalwahl haben deutlich gemacht, dass die kommunale Wählerbasis der PDS gewachsen ist. Umso mehr kommt es darauf an, diese Basis zu gewinnen – für eine Beteiligung an der Wahl und für eine Stimmabgabe für die PDS. Die Wahlalternative ASG, die in der Presse als „Abspaltung der SPD“ gehandelt wird und fast flächendeckend antritt, kann nirgends auf eine konkrete Arbeit vor Ort verweisen.

Erfreulich ist immerhin, dass die Umfragen deutlich machen, dass REP und NPD in NRW chancenlos sind. Nach mehreren Skandalen um die Fälschung von und erschlichene Unterstützungsunterschriften treten beide nicht flächendeckend an. wof



60 Jahre nach Kriegsende: Alte Wunden brechen auf

Viele zehntausend Menschen demonstrierten in den letzten Tagen in zahlreichen Städten (Bilder: Hongkong, Schanghai) gegen Japan, wobei es auch zu Ausschreitungen gegen japanische Restaurants oder Supermärkte kam.

Proteste gegen die japanische Politik gab und gibt es aber auch in Taiwan, Südkorea und Vietnam. Die Gründe sind vielfältig. Ausgelöst werden die Proteste aktuell durch japanische Schulbücher, die ab 2006 in den Schulen eingesetzt werden sollen und die die japanische Invasion der asiatischen Nachbarländer und die schweren Kriegsverbrechen beschönigen, insbesondere das Massaker von Nanjing mit 300.000 getöteten Chinesen, das verharmlosend als „Zwischenfall“ bezeichnet wird. Dieser Anlass hätte solche Massenproteste wohl kaum hervorufen können, wäre er nicht symptomatisch für das Erstarken des Militarismus und Großmachtstrebens in Japan sowie erneuter Anmeldung territorialer Ansprüche. Wie die andere Achsenmacht Deutschland strebt auch Japan einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat an und ruft damit tiefes Misstrauen in Ost- und Südasiens hervor. Eine in China umlaufende Petition gegen den UN-Sitz erhielt binnen kurzem über 20 Millionen Unterschriften. Außerdem bereitet nach jahrelanger Diskussion das japanische Parlament eine Revision der Verfassung von 1947 und insbesondere des Artikels 9 vor, in dem Japan „auf Krieg als ein souveränes Recht der Nation und die Androhung oder Ausübung von militärischer Gewalt als ein Mittel zur Regelung internationaler Streitigkeiten“ verzichtet.“

Schon längst hat Japan das in der Verfassung verankerte Verbot, eine Armee zu unterhalten, durchbrochen; mit der Verfassungsrevision würden entscheidende Hemmnisse für die Militarisierung der Außenpolitik aus dem Weg geräumt. Kein Wunder, dass sich die Nachbarstaaten bedroht fühlen. Drittens schließlich eskaliert Japan Streitigkeiten um mehrere Inseln sowohl mit Südkorea wie mit China.

Österreich: Protest gegen revisionistisches Spektakel am 8. Mai

Am 8. Mai wollen der rechtsextreme „Kärntner Heimatdienst“ (25.000 Mitglieder) und der mit ihm eng verbundene „Kärntner Abwehrkämpferbund“ mit einer pompösen Zeremonie auf dem Klagenfurter Domplatzes der „Opfer des Partisanenterrors gegen Kärnten“ gedenken. Diese Gedenkfeier richtet sich unmittelbar gegen die slowenischen Partisanen in Kärnten, die bewaffnet gegen den Faschismus kämpften und jetzt für das eigentlich Grauen des zweiten Weltkrieges verantwortlich gemacht werden sollen. Antifaschisten mobilisieren zu zahlreichen Veranstaltungen und einer Demonstration unter dem Motto „Vstani“, slowenisch für „Steh auf!“ In ihrem Aufruf kritisieren sie, wie sich in der Amtszeit von Haider als Landeshauptmann von Kärnten Geschichtsauffassung weit nach rechts verschoben hat. So geht z.B. eine Wanderausstellung und eine öffentlich geförderte Video-Dokumentation durch die Schulen, die die NS-Diktatur verharmlost und die slowenischen Partisanen als Mörderbanden charakterisiert. (Quelle: Indymedia Österreich)



Erfolg für baskische Linke bei den Regionalwahlen

Die bisher praktisch unbekannte Kommunistische Partei der baskischen Länder gewann bei den Regionalwahlen im Baskenland auf Anhieb 9 Sitze (150.000 Stimmen). Zu ihrer Wahl hatte die verbotene baskische Partei Batasuna aufgerufen. Damit konnten die gut 10% der Wähler, die durch Verbote linksnationalistischer baskischer Parteien ausgeschlossen werden sollten, doch eine parlamentarische Vertretung wählen. Denn

nicht nur Batasuna, die bei den baskischen Regionalwahlen 10,1% der Stimmen erhalten hatte, ist verboten, sondern auch alle Nachfolgeparteien bzw. Wahlbündnisse in der linksnationalistischen Tradition. Noch unmittelbar vor den Regionalwahlen hatte das Verfassungsgericht als letzte Instanz das Verbot der Kandidatur der Liste Aukera Guztiak, Alle Optionen, bestätigt, weil angeblich Nachfolgepartei von Batasuna. Bei den Wahlen wurde die Nationalistische Baskische Partei, die seit 25 Jahren regiert, wieder stärkste Gruppierung, sie verlor allerdings 4 Sitze, die (spanischen) Sozialisten legten von 13 auf 18 Sitze zu, die Konservativen fielen von 19 Sitzen auf 15 zurück. (Quellen: Gaston Kirsche, div. Meldungen 18.4.)

„Einfach bösartig“ – Texanischer Senat streicht Bewährung bei lebenslanger Haft

Eigentlich hatten die Initiatoren der Gesetzesvorlage versucht, die texanische Rechtsprechung zu lockern, indem sie den Geschworenen mit „Lebenslänglich ohne Bewährung“ eine „Alternative“ zur Todesstrafe an die Hand geben wollten. Über vier Legislaturperioden wurde dieses Gesetzesvorhaben diskutiert und insbesondere von den Anklagebehörden immer wieder verhindert. Jetzt passierte die Vorlage den Senat, ist aber kaum noch wiederzuerkennen. Wenn die im Senat beschlossene Vorlage nun im texanischen Repräsentantenhaus zur Abstimmung kommt, geht es nur nicht mehr um eine gewisse Lockerung, sondern nur noch um Verschärfung. Jetzt nämlich können die Geschworengerichte bei Mord auf die Todesstrafe oder auf Lebenslänglich mit Bewährung entscheiden. Letzteres soll nun gestrichen werden, Lebenslänglich nur noch ohne Bewährung verhängt werden. Auch jetzt können wegen Mordes Verurteilte, sofern sie nicht hingerichtet werden, in Texas erst nach 40 Jahren Bewährung beantragen – zukünftig jedoch gar nicht mehr. Nachdem das Oberste Gericht kürzlich Hinrichtung von Menschen, die bei der Tat jünger als 18 Jahre alt waren, verboten hat, bedeutet die anvisierte Gesetzesänderung nichts anderes, als dass diese Menschen nicht einmal mehr nach 40 Jahren aus dem Gefängnis entlassen werden. Die Beispiele anderer US-Bundesstaaten zeigen, dass die „Alternative“ Lebenslang ohne Bewährung die Zahl der Todesurteile nicht senkt. Ein Vertreter der Bürgerrechtsorganisation ACLU kennzeichnete den Senatsbeschluss so: „Das ist krank. Es ist unmenschlich. Es zeigt den wahren Charakter der Ankläger in Texas, die einfach nur bösartig sind.“ (Quelle: alive-newsletter, 15.4.)

Zusammenstellung: scc

WIDERSTAND

MANNHEIM. Über 30 Menschen von deutschen (Friedensplenum Mannheim, DFG/VK, Connection) und US-amerikanischen Friedensgruppen zogen am 10. April vor das Tor 1 der Coleman-Kaserne in Mannheim-Blumenau, wo auch das für Europa zentrale US-Militärgefängnis untergebracht ist. Sie protestierten gegen die Inhaftierung des US-Kriegsdienstverweigerers Blake Lemoine (s.Pol.Ber. 7/05). Hauptredner der rund 2-stündigen Veranstaltung war der Antikriegs-Aktivist Stephen Summers (Stop the War Brigade). Er wandte sich in seiner teilweisen gerappten und durch Lautsprecher verstärkten unüberhörbaren Ansprache an die Soldaten und Gefangenen hinter der Mauer. Nach Einschätzung Summers befinden sich allein im Mannheimer Gefängnis bis zu 15 Kriegsdienstverweigerer. Er tritt damit Aussagen der Army-Offizieren entgegen, Lemoine sei ein Einzelfall. Unter den Demonstranten war auch Lemoines Ehefrau Alayna, die kurz vorher ihren Mann im Gefängnis besuchen konnte. Direkt nach den Protesten wurde Lemoine in die USA verlegt. „Dies ist ein erneuter Versuch, den Widerstand von Blake Lemoine zu brechen“, kritisiert R. Friedrich von Connection. www.connection-ev.de. KIM

**Demo gegen Bremer Haushalt**

BREMEN. Am 21. April beginnen die Haushaltsberatungen. CDU und SPD wollen einen Haushalt durchsetzen, der auch „nach Auffassung des DGB-Bremen nicht geeignet ist, die Finanzprobleme Bremens zu lösen“. Tausende von Studierenden, von SchülerInnen und LehrerInnen, von MitarbeiterInnen der Kindertagesstätten, der Krankenhäuser, der Wohlfahrtsverbände und die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes haben in den letzten Wochen nacheinander gegen den Abbau von sozialen Leistungen und Arbeitsplätzen demonstriert. Das Bündnis gegen Sozialkahlenschlag und Bildungsabbau ruft deshalb dazu auf, am 21. April gemeinsam auf dem Marktplatz vor der Bürgerschaft für folgende Forderungen zu demonstrieren: – Keine Zustimmung zum Sparhaushalt! – Nein zu Studiengebühren! – Keine Stellenstreichungen und Privatisierungen! – Nein zu Subventionen und Steuergeschenken an die Unternehmer! – Nein zu Geldverschwendungen durch „Prestigeprojekte“!

www.sozialplenum.de

„Jetzt schlägt's 13!“

HAMBURG. Der Landeselternausschuss Kindertagesstätten (LEA) protestiert gegen die Einführung einer Mittagessen-Pauschale in Höhe von 13 Euro in Hamburger Kitas, über die der Senat am 26.4. beschließen will. Er fordert die sofortige Rücknahme der Maßnahme. Das Mittagessen sei im bisherigen Elternbeitrag enthalten, argumentiert der LEA, die Pauschale solle auch nicht zweckgebunden für das Mittagessen verwendet werden, sondern der Deckung von Fehlbeträgen im Kita-Etat dienen. Vor allem aber führt er ins Feld, dass die Pauschale unsocial ist: Sie ver-

teuert den Elternbeitrag für Eltern mit niedrigem Einkommen um über 330%, während Familien mit hohem Einkommen um 70% entlastet werden. Der Rechtsanspruch auf 5 Stunden Betreuung plus Mittagessen werde für viele damit faktisch abgeschafft, was vor allem die Kinder betrifft, für die das Mittagessen in der Kita oft die einzige verlässliche warme Mahlzeit darstellt. lbhh

15.000 demonstrierten bei Tarifverhandlungen für Sachsens Lehrer

DRESDEN. Am 7. April mussten die Tarifverhandlungen für die mehr als 17.000 Lehrer an Sachsens Mittelschulen und Gymnasien wegen einer Demonstration gegen Stellenabbau und Schulschließungen mit etwa 15.000 Teilnehmern (*Bild*) für 2 Stunden unterbrochen werden. Darunter befanden sich auch rund 2.500 Lehrer aus Leipzig. Bis 2009 will der Freistaat wegen des Schülerrückgangs rund 7.500 Stellen streichen. Kündigungen soll es jedoch keine geben, stattdessen strebe das Kultusministerium Teilzeitvereinbarungen



an. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die dbb Tarifunion wollen jedoch einen Stellenabbau in dieser Größenordnung verhindern. Der Landesbildungsrat fasst seine Bedenken am Schluss einer längeren Stellungnahme so zusammen: „Der Freistaat Sachsen gibt nach den jüngsten Angaben des Statistischen Bundesamtes jährlich ca. 4.000 Euro je Schüler für öffentliche Schulen (mit Schulverwaltung) aus. Damit liegt er auf dem vorletzten Platz der 16 deutschen Bundesländer. Dieses Position ist weder der Wirtschaftskraft Sachsens angemessen noch dem Stellenwert von Bildung. Das sind wir unseren Kindern und Jugendlichen und somit der Weiterentwicklung unseres Freistaates schuldig.“

www.zukunftbrauchschule.de

Streit um Werteunterricht

BERLIN. Mit einer deutlichen Mehrheit (76,5%) stimmte der SPD-Landesparteitag am 9.4. für die Einführung eines Pflichtfaches „Lebenskunde/Ethik/Religion“ (LER). Das neue Fach soll ab dem Schuljahr 2006/07 in der 7. Klasse der Hauptschule mit 2 Std./Woche angeboten werden, an weiterführenden Schulen mit 1 Std./Woche. Vom Koalitionspartner PDS und von den GRÜNEN unterstützt, hagelte es Kritik insbesondere von Seiten der christlichen Kirchen. Sie befürchten, dass noch weniger Schüler als zuvor in ihren – in Berlin freiwilligen – Religionsunterricht kommen. Als „Notbund für den Religionsunterricht“ sind neben den beiden großen christlichen Kirchen die Jüdische Gemeinde, CDU und FDP, die Wirtschaftsverbände und ein Bündnis von Prominenten bereits im Vorfeld des Parteitages Sturm gegen das Vorhaben gelaufen (darunter viele SPD-Mitglieder wie der Ex-Bundespräsident Rau,

Christine Bergmann, Prominenz wie Günter Jauch, Sabine Christiansen, Wirtschaftsvertreter wie Hans Tietmeyer, Dieter Hundt). Während die einen Erinnerungen an die DDR herauf beschworen (Thierse), reklamierten die anderen für sich allein das Recht auf Wertevermittlung (Evangelische und Katholische Kirche). Die CDU prüft bereits eine Verfassungsklage, der sich die FDP allerdings nicht anschließen will.

In der Bevölkerung wird das Vorhaben mehrheitlich begrüßt. Überraschende Unterstützung erhält Berlin von Brandenburgs Bildungsminister Rupprecht (parteilos, aber für die CDU in der Regierung). Wegen der ethnischen Zusammensetzung der Schülerschaft in Berlin hält er ein Pflichtfach für richtig. In Brandenburg, wo LER (zugunsten eines Religionsunterrichts) abwählbar ist, besuchen 95% den gemeinsamen Werteunterricht.

Der bildungspolitische Beschluss, der weit mehr enthält, ist nachlesbar unter www.berlin.spd.de/servlet/PB/menu/1542626/index.html har

Kampagne des Paritätischen Wohlfahrtsverbands gegen soziale Kälte

KÖLN. Mit einer bundesweiten Aufklärungskampagne unter dem Motto „Gegen soziale Kälte“ macht der Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) auf die Folgen des zunehmenden Sozialabbaus aufmerksam. Von Mitte April bis Mitte Mai steuert ein Infomobil 15 Städte an. ExpertInnen des DPWV und seiner Mitgliedsorganisationen beraten Interessierte und Betroffene über konkrete Auswirkungen von Hartz IV und andere Neuerungen der Sozialgesetzgebung. Begleitend gibt es eine Vielzahl unterschiedlichster Aktionen. Dabei hofft der DPWV auch darauf, Menschen motivieren zu können, sich aktiv mit den Problemen wirtschaftlich und sozial benachteiligter Menschen auseinander zu setzen und sich ehrenamtlich gegen soziale Ausgrenzung zu engagieren.

www.paritaet.org

Dorfladen in Eigeninitiative eröffnet

GINSELDORF. In Ginseldorf bei Marburg haben die Bewohner am Samstag, den 16.4.05 einen eigenen Dorfladen eröffnet. Weil der 840-Einwohner zählende Ort bisher kein Geschäft hatte, haben die Einwohner in Eigeninitiative den Laden in einer ehemaligen Scheune eingerichtet. Bei einer Bürgersammlung im Jahr 2001 stieß die Idee des Ortsvorstehers Dr. Horst Wiegand (SPD) auf große Resonanz. Der Gewinn geht in eine Gemeinschaftskasse. Die Kosten für den Umbau in Höhe von knapp 100.000 Euro haben die Stadt Marburg, das Land Hessen und die EU übernommen. Wert legen die Ginseldorfer auch darauf, dass alle Mitarbeiter, die zunächst

auf der Basis eines 400-Euro-Jobs arbeiten, aus dem Ort kommen. „Nur so kann das Gefühl entstehen, dass das auch unser Laden ist“, meint Wiegand. Die 300 Euro, die künftig für die monatliche Miete anfallen, zahlt die Stadt. Für Lohn- und Nebenkosten kommt jedoch der Trägerverein auf. Deshalb muss der Laden mindestens 10.000 bis 12.000 Euro im Monat abwerfen. Dem Trägerverein gehören bereits 50 Familien aus dem Ort an. Und schon die Aktion zur Sicherung der Erstausstattung des Ladens hat gezeigt, dass die Solidarität funktioniert. Denn zu diesem Zweck wurden jede Menge Genusscheine im Wert von 50 bis 100 Euro verkauft. Quelle: Hessenschau und Oberhessische Presse vom 16.4.2005. ros

Aktionswoche für gerechten Handel in 50 deutschen Städten

BERLIN. Menschenrechte und Umwelt gehören zu den Anliegen, die sehr vielen Menschen wirklich am Herzen liegen: Volle Säle bei zahlreichen Veranstaltungen in 50 Städten während der Aktionswoche für globale Gerechtigkeit, die am 16. April 2005 in Berlin zu Ende ging, belegen das. Der Einsatz vieler ehrenamtlich engagierter Leute im ganzen Land gehört zur positiven Bilanz der Welthandelskampagne „Gerechtigkeit jetzt!“ über ihren Beitrag zu einer weltweiten Aktion, die zeitgleich in 80 Ländern lief und etwa zehn Millionen Menschen einbezog.

Information wie Aktion sollen die öffentliche Diskussion bis zur WTO-Konferenz im Dezember in Hongkong begleiten. www.gerechtigkeit-jetzt.de



Antifademo gegen Nazizentrum

ELLWANGEN. Am Samstag, den 9. April beteiligten sich ca. 1.200 bis 1.500 Menschen an einer Demonstration in Hohenberg, Gemeinde Rosenberg bei Ellwangen (Ostalbkreis). Sie richtete sich gegen den ehemaligen Landgasthof „Goldenes Kreuz“, der im letzten Jahr von Andreas Thierry, einem seit Jahren aktiven Nazi gekauft wurde. Dieser arbeitet eng mit der „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG) und der NPD/JN zusammen und will das Gebäude zu einem Zentrum für die regionale Nazi-Szene umbauen. Das Bünd-

nis für die Demonstration war breit: So sprachen auf der Demonstration u.a. Peter Gingold, ehemaliger Widerstandskämpfer und Mitglied der VVN, Anne Rieger von der IG Metall, ein Pfarrer, ein Landtagsabgeordneter der SPD sowie ein Vertreter der Antifa Freiburg und eine Vertreterin der Antifa AG der Revolutionären Aktion Stuttgart. Trotz der Heterogenität der RednerInnen ebenso wie der DemonstrationsteilnehmerInnen vermittelte die Demonstration Entschlossenheit beim gemeinsamen Ziel – dem Verschwinden der Nazis aus Hohenberg. KBS

Bürgermeister gegen Bombodrom

POTSDAM. 260 Kommunalpolitiker wehren sich in einem offenem Brief an Kanzler Schröder am 15.4.2005 gegen den geplanten Luft-Boden-Schießplatz der Bundeswehr (Bombodrom) in der Kyritz-Ruppiner Heide. Sie machen auf fatale wirtschaftliche Folgen aufmerksam, Tourismus-Investitionen in Milliardenhöhe würden entwertet, 15.000 Arbeitsplätze seien in Gefahr. Die Bürgermeister unterstützen damit auch einen parteiübergreifenden Gruppenantrag im Bundestag, in dem sich bereits 67 Abgeordnete gegen das Bombodrom wenden. Dieser Antrag soll am 11. Mai im Verteidigungsausschuss behandelt werden. www.nd-online.de

12.–15. Mai: Proteste in Mittenwald

MITTENWALD. Unter der Losung „NSTäter verfolgen, Opfer entschädigen“ rufen die VVN-BdA NRW und Angreifbare Traditionspflege auch in diesem Jahr zu Protestaktionen gegen das Pfingsttreffen ehemaliger Wehrmachtsoldaten und gegenwärtiger Bundeswehrsoldaten in Mittenwald auf. Am ‚Ehrenmal‘ der Gebirgsjäger am Hohen Brendten gedenken diese dort jährlich ‚ihrer‘ Toten aus zwei Weltkriegen. Seit 2002 bleiben sie bei dieser Veranstaltung nicht mehr ungestört. AntifaschistInnen organisieren u.a. Zeitzeugenveranstaltungen zu den Verbrechen der Gebirgsjäger, u.a. in Kommeno und Kephalaia. Die Teilnahme an Gegendemonstrationen und Infoveranstaltungen stieg dabei kontinuierlich an.

Auch in diesem Jahr wird nach Mittenwald organisiert: Die Gegenaktionen beginnen am Donnerstagabend, den 12. Mai und dauern bis Sonntag, den 15. Mai am Nachmittag. Die größte Aktion findet am Samstag statt: Nach einer Zeitzeugenveranstaltung um 10 Uhr werden ab 15 Uhr vier Sternmärsche zur katholischen Kirche in Mittenwald ziehen. Dort beginnt um 16.30 die zentrale Demonstration, die Abschlusskundgebung am Dekan-Karl-Platz soll bis 22 Uhr dauern. Infos: www.nadir.org/mittenwald, www.nrw.vvn-bda.de – wob Zusammenstellung: baf

„Mit der Reichsbahn in den Tod“

FREIBURG, FRANKFURT A.M., HALLE. (14.4.2005. Bericht in www.german-foreign-policy.com). Mit Veranstaltungen in mehreren deutschen Städten werden die Proteste gegen das Nachfolgeunternehmen der „Deutschen Reichsbahn“ (Deutsche Bahn AG) ausgeweitet. Die Bahn AG weigert sich, Fotos und Briefe von über 11.000 aus Frankreich deportierten Kindern auf den deutschen Publikumsbahnhöfen zu zeigen. Die Deportierten, darunter 520 deutsche und etwa 100 österreichische Kinder, waren zwischen 1942 und 1944 auf dem Schiennetz der „Reichsbahn“ nach Auschwitz verschleppt und dort ermordet worden. Das Schicksal der Deportierten sowie die Verbannung ihrer Bilder von den deutschen Bahnhöfen wird Gegenstand prominenter Meetings am 4. Mai (in Freiburg), am 8. Mai (in Frankfurt am Main), am 10. Juni (in Halle) und am 17. Juni (erneut in Frankfurt) sein. Die Initiatoren rufen im Mai und Juni zu massiven Protesten auf, „die auch in anderen deutschen Publikumsbahnhöfen an die 11.000 Kinder erinnern werden“.

Auftakt der Veranstaltungsserie war eine Demonstration in Weimar, die am 11.4.2005 vom Theaterplatz zum Hauptbahnhof führte. Dort wurde eine lokale Unterschriftenliste übergeben, die den Bahnvorstand zur Freigabe des Weimarer Bahnhofs auffordert, um im Publikumsbereich eine Ausstellung über den letzten Weg der Deportierten zeigen zu können.¹ Über die Weimarer Gleisanlagen der „Reichsbahn“ waren am 19. und 20. August 1944 etwa 51 Deportierte in das KZ Buchenwald geschleust worden. Von ihnen überlebten 35 deutsche und nur 4 französische Häftlinge, heißt es in einer statistischen Übersicht der Pariser Organisation „Fils et Filles des Déportés Juifs de France“ (Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten Frankreichs). In jahrelanger Kleinarbeit ist es der Organisation gelungen, den Schienenweg der 11.000 Kinder und weiterer 61.000 erwachsener Häftlinge nachzuzeichnen.²

Billiger

Die Ausstellung ist in den vergangenen Jahren durch 18 französische Bahnhöfe gewandert und war zuletzt auf dem Pariser Gare du Nord im Beisein des Präsidenten der französischen Staatsbahnen (SNCF) eröffnet worden. Eine Übernahme lehnte der Vorstandsvorsitzende der Bahn AG, Hartmut Mehdorn, im Januar 2005 ausdrücklich ab; dafür habe die Bahn AG kein Geld. Auch sei der erforderliche Aufwand nicht zumutbar. Billiger wäre es, die Bilder der Kinder in einem Nürnberger Bahnmu-

seum unterzubringen, heißt es in mehreren Schreiben, die der Redaktion german-foreign-policy vorliegen.³ Gegen den Versuch, die Fotos und Dokumente der ermordeten Kinder aus den deutschen Publikumsbahnhöfen zu verbannen, protestierten am 27. Januar, dem Auschwitz-Gedenktag, Demonstranten in Dresden, Leipzig, Hamburg, Wuppertal und Frankfurt am Main.⁴ Über die Gleisanlagen dieser Städte waren Häftlinge aus zahlreichen Nationen in den Tod geschickt worden.

Marion

In Halle und Freiburg ist es den lokalen Initiativen gelungen, das Schicksal einzelner Kinder und ihrer Familien zu rekonstruieren. In Freiburg, wo am 4. Mai eine Gedenkveranstaltung stattfinden wird („Mit der Reichsbahn in den Tod“), soll an Marion Abraham erinnert werden. Nach ihrer Flucht aus Deutschland wurde die 17-jährige in Frankreich verhaftet und 1942 auf dem Schienenweg nach Auschwitz deportiert. Weder sie noch ihre 14 Familienmitglieder kehrten zurück. Zu dem Freiburger Meeting rufen u.a. mehrere Gewerkschaften (DGB, GEW), das iz3W (Informationszentrum Dritte Welt), die Humanistische Union sowie die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN/BdA) auf.

Walter

Die Initiatoren in Halle (darunter die Gewerkschaft IG Metall) widmen ihre Arbeit Walter Wartenberg, einem 14-jährigen deutschen Jungen, der aus dem französischen Exil von Drancy (bei Paris) mit der „Deutschen Reichsbahn“ nach Auschwitz kam. Bevor Walter dort den Tod fand, sah er ein letztes Mal seine Heimatstadt – aus den Luftschlitten der Viehwaggons, die über das Schienennetz von Halle weiter nach Leipzig und Dresden fuhren. Einzelheiten versucht die Hallenser Initiative durch Archivrecherchen zu belegen. Ein Such-



Aktion im Frankfurter Hauptbahnhof am 27.1.2005. www.arbeiterfotografie.com

aufruf erschien am vergangenen Montag in der „Mitteldeutschen Zeitung“.⁵ Um Walter Wartenberg und aller anderen Kinder zu gedenken, lädt die Hallenser Initiative zu einer Veranstaltung am 10. Juni ein. Gast wird Beate Klarsfeld sein, die „Fils et Filles des Déportés Juifs de France“ (FFDJF) vertritt.

Bundesweit

Für den 17. Juni rufen die Initiatoren des „Offenen Briefes“ an die Deutsche Bahn AG⁶ zu einem zentralen Meeting in Frankfurt am Main auf. Unter den Deportierten waren etwa 60 Kinder, die aus ihrer Heimatstadt Frankfurt zwar nach Frankreich fliehen konnten, aber kurz darauf von den vorrückenden deutschen Truppen eingeholt wurden. Bevor sie das Schicksal der 11.000 teilten, führte ihr letzter Weg über die Gleisanlagen der hessischen Metropole, in der sich heute zahlreiche Verwaltungsstrukturen der Bahn AG befinden. Wie die Initiatoren der zentralen Veranstaltung mitteilen, hoffen sie für die Veranstaltung am 17. Juni auf Unterstützung aus der Bahngewerkschaft „Transnet“, aber laden ebenso Einzelpersonen, christliche Organisationen sowie antifaschistische Initiativen zu den Protesten ein. „Die bundesweiten Veranstaltungen und das praktische Gedenken auch kleiner Gruppen werden dem Unternehmensvorstand der Deutschen Bahn AG verdeutlichen, dass er die Erinnerung an die 11.000 Kinder und an die Verbrechen des Vorgängerunternehmens von den Reisenden nicht fernhalten kann – weder in Frankfurt, noch in Hamburg, München oder Leipzig“, heißt es in einer Stellungnahme gegenüber der Redaktion german-foreign-policy.

Kontakt Freiburg und Frankfurt a.M.: elftausendkinder@web.de. Kontakt Halle: homepage@ludwigstrasse37.de

1 s. dazu Aufwand nicht zumutbar

2 Serge Klarsfeld: Le Memorial des enfants juifs déportés de France, Paris 2004

3 Schreiben vom 17.12.2004, vom 04.03.2005 u.a.

4 s. dazu die Sonderseite

5 Klarsfeld-Ausstellung nach Halle? Juden ermordet; Mitteldeutsche Zeitung 11.04.2005

6 s. dazu Offener Brief

www.german-foreign-policy.com



Die Organisation Fils et Filles des Déportés Juifs de France (FFDJF/ Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten Frankreichs) zeigte ihre Gedächtnisausstellung auf insgesamt 18 französischen Personenbahnhöfen.

Wie steht der Stadtrat zur Nachkriegsordnung?

Auf Drängen aus der CSU-Stadtratsfraktion war in einen Aufruf des Stadtrats, sich an Aktionen gegen ein Propagandaspektakel der Nazis zu beteiligen, eine Passage aufgenommen worden, die Widerspruch verdient und auch auslöste. Stadträtin Brigitte Wolf hat diese Kritiken, exemplarisch den unten veröffentlichten Offenen Brief des AStA, aufgegriffen und versucht, in einer Anfrage eine Diskussion zu erreichen: „Angesichts der massiven Kritik aus der Öffentlichkeit frage ich Sie: 1. Halten Sie es nicht auch für erforderlich, dass sich der Stadtrat fundierter damit beschäftigt, welchen Werdegang die Formulierung „Unrecht der Vertreibung“ hinter sich hat,

und welche politischen und völkerrechtlichen Folgerungen mitgedacht werden?

2. Ist es nicht auch notwendig, dass der Münchner Stadtrat Befürchtungen ausräumt, er wende sich gegen die europäische Nachkriegsordnung als solche, und könne für Angriffe auf die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens und die sogenannten „Benes-Dekrete“ in Anspruch genommen werden?
3. Steht nicht gerade München als Stadt des „Münchner Diktats“ in der Verantwortung, Rücksicht zu nehmen insbesondere auf unsere tschechischen Nachbarn und das verursachte Leid, das dort häufig mit dem Namen Münchens verbunden ist?

der Nachkriegsordnung in Europa zur Bedingung für den EU-Beitritt der Tschechischen Republik zu machen, ist gescheitert. Die entscheidende Forderung war hier insbesondere die Rücknahme der sogenannten „Benes-Dekrete“, die nach wie vor – und nunmehr auch durch europäische Institutionen – anerkanntes Recht sind. Und eben nicht „Unrecht“, wie dies der Stadtrat nunmehr im Zeichen der Gegenwehr gegen Neofaschisten festgestellt hat. Die NPD fordert in ihrem Parteiprogramm:

„ein Eingeständnis unserer früheren Gegner, dass die zielgerichtete Bombardierung der Zivilbevölkerung, die Ermordung und Vertreibung von Millionen deutscher Zivilisten nach dem Krieg und die Tötung deutscher Kriegsgefangener Verbrechen sind, die auch heute noch geahndet werden müssen.“ (Parteiprogramm der NPD Abs. 5).

Stadtrat Weinfurtner, von Vertretern seiner ehemaligen Partei Die Republikaner wegen seiner überbetont rechten Positionen aus dieser ausgeschlossen, betonte im Stadtrat der LH München: Er könnte dem ersten Teil der Resolution des Stadtrates (der Teil aus dem wir zitiert haben) durchaus zustimmen.

Die Diskussion um Vertreibung und die Bombardierung der Städte im 2. Weltkrieg, in deren Schatten oft die Neudeinition der Opfer propagiert wird, wird als Spielwiese und Nährstoff rechtsgerichteter Gruppierungen, z.B. der NPD, dankbar angenommen.

Die pauschale Verurteilung der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens als Unrecht und die ständige Hervorhebung der Bombenopfer des Zweiten Weltkriegs verstellt den Blick auf das eigentliche Unrecht: der Angriffskrieg Deutschlands und die Vernichtung von Millionen von Menschen, dem Holocaust.

Wir erwarten mehr vom Stadtrat der LH München, wenn er sich Mobilisierungen alter und neuer Nazis gegenüberstellt. Wir erwarten – nicht nur im sechzigsten Gedenkjahr nach Kriegsende – Sensibilität und historisches und politisches Verantwortungsbewusstsein.

Die durch den Stadtrat verabschiedete Resolution zeigt wenig davon und wäre eher ein Anlass für den Oberbürgermeister, sich bei der tschechischen Regierung für diese Entgleisung zu entschuldigen, worum wir ihn hiermit auch herzlich bitten.

Nun bleibt zu hoffen, dass es dem Stadtrat auf seiner Vollversammlung am 20.4.2005 nicht dermaßen an politischem Augenmaß und Verständnis mangelt, wie dies zuletzt am 16.3. offenbar der Fall gewesen ist.

Wir möchten außerdem bitten, dieses Schreiben im Sinne von Transparenz und offenem Meinungsstreit in diesem wichtigen Themenfeld in der Rathausumschau abzudrucken.

Dorothee Chlumsky, 1. AStA-Vorsitzende
Cornelia Rapp, 2. AStA-Vorsitzende

Offener Brief des AStA der Universität München, München, 17.4.2005

An: Alle Fraktionen/Gruppen im Stadtrat der LH München, Herrn Oberbürgermeister Christian Ude, Presse

Sehr geehrte Damen und Herren, zur Vollversammlung der Stadtrates der LH München 20.4.2005 werden zwei Anträge aus der CSU-Fraktion zur Abstimmung stehen, die sich mit der Frage befassen, in welcher Form in München dem – nun 60 Jahre zurückliegenden – Ende des Zweiten Weltkrieges zu gedenken sein sollte.

Natürlich ist diese Frage weit über die Grenzen der Stadt München, im gesamten Bundesgebiet und auch international eine diskutierte Frage, dennoch gewinnt sie in der Stadt des „Münchner Abkommens“, mit ihrer Geschichte als ehemalige „Hauptstadt der Bewegung“ eine besondere Bedeutung.

Auf diese Bedeutung wollen wir mit diesem Brief ebenso hinweisen wie wir durch ihn unsere Empörung über eine durch den Stadtrat der LH München am 16.3.2005 beschlossene Resolution des Stadtrats im Zusammenhang mit der Neonazi-Demonstration am 2.4.2004 zum Ausdruck bringen wollen.

Der AStA der Universität München unterstützte die Proteste gegen jene scheußliche Manifestation des alten und neuen Faschismus in dieser Stadt.

Doch die Art und Weise, wie die Stadt München zu den Protesten aufgerufen hat, ist untragbar.

In der Resolution formuliert der Stadtrat:

„(...) Die Landeshauptstadt München wird im Gedenkjahr 2005 (...) aller Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Zweiten Weltkrieges gedenken. Dabei müssen Ursache und Wirkung im historischen Zusammenhang gesehen und dargestellt werden. Auch wenn das von Deutschen erlittene Unrecht der Vertreibung und die Leiden der deutschen Bevölkerung unter den schrecklichen Auswirkungen des Krieges, vor allem der Bombardierung von Städten, selbstverständlich Themen des Gedenkens sind, darf es keine Verkehrung der historischen Ursächlichkeiten geben.(...)“

Auch wir wenden uns scharf gegen die Verkehrung der historischen Ursächlichkeiten und auch wir bestehen dar-

auf, dass der Holocaust als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzigartig war, wie es im späteren Verlauf der Resolution noch ausgeführt wird.

Dennoch: Die Charakterisierung des Abkommens von Potsdam und die Gesetze der tschechoslowakischen Nachkriegsregierung als „Unrecht“ stellt nicht nur eine Verdrehung historischer Ursächlichkeiten dar, sondern ist vielmehr ein Angriff auf die europäische Nachkriegsordnung als solche. Dies kann nur als revisionistisch bezeichnet werden.

München war die Stadt, in der im Zeichen des Münchner Diktats die Zerschlagung Tschechoslowakei beschlossen wurde. Damals, im Zeichen der Volksgruppenpolitik des Faschismus, waren es die „Rechte der sudetendeutschen Bevölkerung“, die den Vorwand für diesen Akt des Krieges lieferten. Hier liegen die „historischen Ursächlichkeiten“, die der Stadtrat der LH München nicht „verkehren“ will, und dennoch verkehrt, wenn er das „Unrecht der Vertreibung“ zitiert. Ganz im Sinne der Rhetorik der Verbände sog. „Heimatvertriebener“ wird hier ein Teil der Prozesse, die spätestens mit dem Diktat von München begonnen hatten, herausgeschnitten und singulär mit einer Kennzeichnung versehen, die immer Konsequenzen haben muss: „Unrecht“. Wenn das Potsdamer Abkommen „Unrecht“ war, wenn die Gesetze der tschechoslowakischen Nachkriegsregierung „Unrecht“ waren, dann muss „Unrecht“ wieder gut gemacht, dann müssen Opfer für das von ihnen erlittene „Unrecht“ entschädigt werden. Wem Unrecht widerfährt, der besitzt in der Regel das Recht zu klagen. Indirekt hat der Stadtrat in diesem Fall, die Rechtmäßigkeit auf Klage gegen die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens gutgeheißen.

Der insbesondere aus dem Freistaat Bayern betriebene Versuch, die Revision

Veranstaltungen der Bezirke

zum 8. Mai. ESSEN. Mehrere Bezirksvertretungen planen auf Antrag der PDS-Bezirksvertretungsmitglieder eigene Veranstaltungen zum 8. Mai. Bereits am 3. Mai wird die Bezirksvertretung III Essen-West zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus eine Veranstaltung an einem von Zwangsarbeitern nach der Befreiung aufgestellten „Friedenskreuz“ ausrichten. Geplant sind Beiträge von Pfarrern der beiden großen christlichen Kirchen, des Leiters des Stadtarchivs und einer Vertreterin der VVN-BdA. Eingeladen sind auch Schülerinnen und Schüler umliegender Schulen. Die Bezirksvertretung II Essen-Süd plant eine „Antifaschistische Stadtrundfahrt“ rund um den 8. Mai, an der auch Interessierte teilnehmen können. Die Bezirksvertretung IV Essen-Borbeck will symbolisch von den Parteien in der Bezirksvertretung gespendete „Stolperstein“ verlegen. In einem weiteren Beschluss der letzten Sitzung sprach sich die Bezirksvertretung III auf Antrag des PDS-Vertreters für eine Verlängerung des Besuchspograms der Stadt für Zwangarbeiter aus. In den letzten Jahren fand ein Programmfpunkt des Besuchsprogramms stets im Essener Westen statt. Inzwischen ist klar, dass das Besuchsprogramm weitergeführt werden soll. wof

PDS-Erfolg: Wohnungslose haben Anspruch auf vollen Regelsatz. MÜNCHEN. Eine beachtliche Verbesserung für Wohnungslose konnte Brigitte Wolf, PDS-Stadträtin in München, erreichen. In einem Rundschreiben vom 15.4.2005 erklärt sie: „Auf Grund unseres Antrags vom 23. Dezember 2004 hat die Landeshauptstadt München die geplanten Kürzungen bei wohnungslosen ALG II-Empfänger/innen überprüft und festgestellt, dass eine Kürzung des Regelsatzes bei Wohnungslosigkeit im Gesetz nicht vorgesehen ist. Wohnungslose haben Anspruch auf den vollen Regelsatz – und zwar nicht nur ALG II-Empfänger/innen, sondern auch Bezieher der Sozialen Grundversicherung (ehemalige Sozialhilfe). In der Beschlussvorlage zu unserem Antrag, die am 21. April im Sozialausschuss behandelt wird, wird dies deutlich. Die bereits erfolgten Kürzungen werden bis Januar 2005 rückgängig gemacht.

Geplante Praxis der LH München: Obdachlose Menschen auf der Straße erhalten künftig die volle Regelleistung. Bei Bewohner/innen von Notquartieren, Pensionen, Clearinghäusern und Einrichtungen freier Träger wird die Regelleistung ebenfalls nicht gekürzt. Allerdings wird versucht, die Zustimmung der Betroffenen zu erhalten, damit ein überschlägig berechneter Betrag für Energie, Möbel, Haushaltsge-

räte, Instandhaltung und Renovierung direkt an den Vermieter überwiesen werden kann. Dieser „überschlägig berechnete Betrag“ soll bei einem Haushalt vorstand derzeit 27 Euro betragen, das ist etwa die Hälfte der bisher geplanten Kürzung. Wenn keine Zustimmung des Betroffenen vorliegt, wird die volle Regelleistung ausgezahlt. Dafür werden dann die Unterkunftskosten, die an den Träger gehen, um diesen Betrag gekürzt. Die Träger der Unterkunft müssten diese dann direkt von dem Betroffenen eintreiben.

Wohlfahrtsverbände als Inkassounternehmen? Die Stadt will durch diese kleinliche Aufrechnerei ca. 2 Millionen Euro im Jahr sparen. Der Aufwand, der zur Eintreibung der Forderungen entstehen kann, bleibt dabei völlig außer Acht. Dass eine derartige Forderung gegen die Leistungsempfänger/innen berechtigt ist, glaube ich nicht. Ein einzelfallbezogener Nachweis der Kosten für z.B. Energie oder Renovierung scheint mir jedenfalls kaum möglich – ich würde es jedenfalls nicht bezahlen. Werden die Wohlfahrtsverbände und die freien Träger sich von der Stadt dazu bringen lassen, die Abhängigkeit Hilfsbedürftiger auszunutzen?“

www.pds-muenchen-stadtrat.de

Harter Widerstand der Städte gegen Eichel.

BERLIN. Bundesfinanzminister Eichel muss die auf dem Job-Gipfel vereinbarte Senkung der Körperschaftsteuer finanzieren und setzt dafür zu einer neuen Attacke auf die Kommunen an. Er will den Anteil des Bundes an der Gewerbesteuer durch eine Erhöhung der Gewerbesteuerrumlage aufstocken. Dazu erklärt die *Präsidentin des kommunalen Spitzenverbandes, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth*, am 13.4.: „Die Pläne des Bundesfinanzministers sind kommunalfeindlich und stoßen auf harten Widerstand der Städte. Die Annahme des Bundes, dass durch die Senkung der Körperschaftsteuer zehn Milliarden Euro Gewinne nicht mehr im Ausland, sondern in Deutschland versteuert werden, ist bestenfalls eine vage Hoffnung. Der Bund darf den Städten aufgrund einer derart hohen und ungesicherten Schätzung auf keinen Fall rund eine Milliarde Euro von der Gewerbesteuer wegnehmen. Wir können uns auch nicht vorstellen, dass die Länderfinanzminister diesen Plänen zustimmen.“ Außerdem hätten die Städte zuletzt im Zuge der Unternehmenssteuerreform 2000 eine massive Anhebung der Gewerbesteuerrumlage auf der Basis überzogener Schätzungen hinnehmen müssen, die erst nach langen Kämpfen ab 2004 wieder rückgängig gemacht worden sei.

www.kommunalweb.de
Zusammenstellung: baf

Der nachfolgend dokumentierte, lediglich um einige Worte zur Begrüßung gekürzte Vortrag Berthold Hubers bietet eine kompakte Darstellung der Chancen der Gewerkschaftsbewegung in der globalisierten Welt.

Internationale Sozial-standards – Mittel zur Sicherung eines gerechten Systems der Globalisierung

Welche Rolle spielt China in der Globalisierung? Vom Maschinenraum auf die Brücke. Ein Internationales Symposium. Friedrich-Ebert-Stiftung und China Europe Business School, Shanghai, 18.–20. März 2005. Sitzung 4: Internationale Sozial- und Umweltstandards – Mittel zur Sicherung eines gerechten Systems der Globalisierung? – Eröffnungsrede von Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, 20. März 2005

(...) Ist ein gerechter globaler Handel möglich? Ich denke ja, aber es gibt noch viel zu tun.

Der dynamische und komplexe Prozess der Globalisierung zeigt sich vielleicht am deutlichsten in der zunehmenden Expansion multinationaler Unternehmen und dem damit verbundenen grundlegenden Wandel ihrer transnationalen Strukturen und Strategien. Multinationale Unternehmen sind eine treibende Kraft der Globalisierung.

Die Globalisierung verändert die Dynamik des Welthandels. Das Wachstum der Weltmärkte verschärft nicht nur den Wettbewerb innerhalb der jeweiligen Sektoren, sondern führt auch zu einer verschärften Konkurrenzsituation innerhalb der einzelnen Unternehmen. Dieser Prozess stellt die Belegschaften und die sie vertretenden Gewerkschaften weltweit vor neue Herausforderungen.

Der Globalisierungsdruck setzt Belegschaften innerhalb multinationaler Unternehmen in Konkurrenz zueinander. Aber bevor wir uns diesem rücksichtslosen Wettbewerb ergeben, sollten wir uns ins Gedächtnis rufen, dass der Wille zu Bekämpfung der Konkurrenz zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen überhaupt erst zur Gründung von Gewerkschaften führte: Die Existenz und Handlungsfähigkeit von Gewerkschaft beruht wesentlich auf dieser Einsicht, dass abhängig Beschäftigte ihre Interessen nur miteinander und nicht gegeneinander erfolgreich durchsetzen können.

Der Schlüssel zu einem gerechteren

System des Welthandels liegt daher in der Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Antworten auf den Konkurrenzdruck der Globalisierung.

Während, bildlich gesprochen, die multinationalen Unternehmen lernten, auf dem globalen Spielfeld zu agieren, befinden sich die Gewerkschaften in vielerlei Hinsicht noch immer in der Umkleidekabine. Rein nationale Instrumente und Strategien reichen heute nicht mehr aus. Eine der dringlichsten Aufgaben von Gewerkschaften besteht heute in der Suche nach Antworten auf die neuen und komplexen Herausforderungen der noch immer weitgehend unregulierten Weltwirtschaft. Grundsätzlich haben die Gewerkschaften zwei Optionen, die miteinander in engem Zusammenhang stehen:

Erstens, Gewerkschaften können ihre Lobby-Aktivitäten gegenüber supranationalen Institutionen intensivieren, um so der Weltwirtschaft einen gerechten Rahmen zu setzen. Einige vielversprechende Vorschläge wurden diesbezüglich bereits gemacht. Das ist ein Anfang. Aber noch immer gibt es kein wirklich verbindliches System zur Durchsetzung von Menschenrechten, das den Herausforderungen der ökonomischen Globalisierung gerecht wird. Nationale Regierungen und supranationale Institutionen wie zum Beispiel die Vereinten Nationen, die Welthandelsorganisation (WTO) und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) könnten rechtlich verbindliche Normen und Standards festlegen und damit einen sozialen Rahmen für die Weltwirtschaft schaffen.

Die zweite Option der Gewerkschaften ist die Intensivierung ihrer eigenen grenzübergreifenden Zusammenarbeit und Koordinierung. Da wir momentan über keine erzwingbaren, auf internationalem Recht beruhende Normen und Regeln verfügen, müssen wir unsere eigenen Instrumente ausbauen, um als Akteure einer globalen Zivilgesellschaft sicherzustellen, dass auch die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen von der Weltwirtschaft profitieren. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir die Hoffnung auf eine politische Regulierung der Weltwirtschaft aufgegeben haben.

Lassen Sie uns zunächst betrachten, was im Rahmen der Global Governance-Strukturen möglich ist und was bisher erreicht wurde. Alles in allem sind der unkontrollierte Wettbewerb und die marktgetriebene ökonomische Globalisierung nicht in der Lage, ein gerechtes System des Welthandels zu schaffen, das in der Lage wäre Massenarmut zu bekämpfen, die Achtung grundlegender Arbeitnehmerrechte zu garantieren und die Kluft zwischen armen und reichen Ländern zu schließen.

Die Gewährleistung globaler Menschen- und Arbeitnehmerrechte bleibt weit hinter der weltweiten Verbreitung ökonomischer Freiheiten zurück. Im po-

litischen Bereich besteht daher eine unserer zentralen Herausforderungen darin, Möglichkeiten zu finden, diese Asymmetrie zwischen ökonomischen und sozialen Rechten zu korrigieren.

Verbindliche Umwelt- und Sozialstandards auf globaler Ebene sind ein wichtiger Baustein dieses Prozesses. Die Erfahrungen mit dem Kyoto-Protokoll zeigen, dass es möglich ist, globale Normen und Regeln festzusetzen, die die großen Unterschiede der Entwicklungs- und Industrialisierungsniveaus der verschiedenen Länder berücksichtigen. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass solche globalen Regeln auch Kosten mit sich bringen – Kosten, die auch die Entscheidungen von Unternehmen beeinflussen, was wo produziert wird.

Und dies sind Entscheidungen, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen direkt beeinflussen. Auch hier gilt: Ein gerechtes globales System des Umweltschutzes bedeutet, die gleichen Mindeststandards überall auf der Welt zu respektieren. Ansonsten wird der globale Wettbewerb auf dem Rücken der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ausgetragen.

Einige Rechte müssen als absolute Standards betrachtet werden. Sie sind verbindliche Verpflichtungen, die von allen Staaten respektiert und umgesetzt werden müssen. Solche grundlegenden Kernarbeitsnormen sind zum Beispiel das Recht zur Gründung von Gewerkschaften und zu Kollektivverhandlungen sowie die Ächtung von Kinderarbeit und Diskriminierung am Arbeitsplatz. Diese Rechte wurden 1998 von der ILO verabschiedet. Diese ILO-Kernarbeitsnormen sind aufgrund ihrer Verbindlichkeit das stärkste internationale Instrument zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten.

Allerdings gibt es keine Sanktionen! Eklatante Verletzungen von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten finden noch immer jeden Tag weltweit statt. Wir haben bisher keinen Weg gefunden, die Einhaltung dieser Rechte erfolgreich sicherzustellen, obwohl sie als universell und verbindlich anerkannt wurden.

Die WTO schenkt den sozialen Auswirkungen des Welthandels keine Beachtung. Ein langjähriges Ziel der globalen Gewerkschaften war daher die Verankerung einer Klausel über Arbeitnehmerrechte in den Statuten der WTO. Diese Klausel würde zum Beispiel beinhalten, dass alle Produkte, die zwischen Ländern gehandelt werden, in Übereinstimmung mit den Kernarbeitsnormen hergestellt und vertrieben werden müssen.

Ich will hier ganz klar feststellen: Wir beabsichtigen nicht die Einführung globaler Mindestlöhne oder global gleicherer Arbeitsbedingungen. Was wir fordern, sind solch „einfache“ Dinge wie

das Recht für abhängig Beschäftigte, sich kollektiv zu organisieren und in jedem Land für gerechte Arbeitsbedingungen und Löhne zu kämpfen.

Das Recht, eine Gewerkschaft zu gründen oder einer Gewerkschaft beizutreten, ist die zentrale Voraussetzung für die weltweite Verbesserung undVerteidigung von sozialen Mindeststandards. Denn diese Rechte ermöglichen den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, sich in einer Gewerkschaft zusammenzuschließen und gemeinsam für die Verbesserung ihrer eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Ich halte daher die Kernarbeitsnormen nicht für protektionistisch, sondern für entwicklungsfördernd.

Sie sind ein grundlegendes Instrument der sozialen Gerechtigkeit in einem offenen Welthandelssystem. Sie reduzieren Unsicherheit. Sie definieren Mindeststandards gegen soziales Dumping. Und sie lindern den Druck des ungerechten Wettbewerbs.

Nationale Regierungen und internationale Organisationen sind jedoch nicht die einzigen Adressaten unserer Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, guter Arbeit und der Achtung von Gewerkschaftsrechten.

Multinationale Unternehmen sind einer der Hauptmotoren der Globalisierung. Allerdings profitieren nicht alle vom Wachstum der Investitionen und des globalen Wettbewerbs.

Regelmäßig wird gegen bestehendes Arbeitsrecht verstößen – und nicht nur in sogenannten „Sonderhandelszonen“. Dies muss ein Ende haben. Die politische Neugestaltung der Globalisierung muss eine verbindliche Regulierung der Aktivitäten multinationaler Unternehmen beinhalten.

Wir lehnen unilaterale Initiativen von Unternehmen ab, wie sie unter dem Schlagwort der ‚Corporate Social Responsibility‘ propagiert werden. Unternehmen fehlt schlichtweg die politische Legitimität, ihre Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft eigenständig festzulegen.

Die von der OECD und ILO entwickelten Richtlinien und Grundprinzipien reflektieren einen internationalen Konsens über die Verpflichtungen von Unternehmen. Ausländische Direktinvestitionen müssen einen Beitrag zur Entwicklungsstrategie des Gastlandes leisten.

Unser Ziel ist es, solche Prinzipien in international verbindliche Regelungen mit einem effektiven Kontroll- und Sanktionsmechanismus zu überführen. Die deutschen Gewerkschaften arbeiten eng mit den globalen Gewerkschaftsverbänden zusammen, um dieses ambitionierte Ziel für die internationale Zivilgesellschaft und die globale Wirtschaft zu erreichen.

Wir wissen, dass diesbezüglich noch viel Arbeit vor uns liegt. In der



→ Zwischenzeit haben die IG Metall und die globalen Gewerkschaftsverbände eine Reihe eigener Instrumente entwickelt, um die Entwicklung eines gerechten Systems der Globalisierung zu fördern.

Erstens haben wir unsere Bemühungen verstärkt, betriebliche Arbeitnehmervertreter und -vertreterinnen sowie Gewerkschaften in globalen Arbeitnehmervertretungsstrukturen zusammen zu bringen.

Das zweite Instrument besteht in der Verhandlung Internationaler Rahmenvereinbarungen zwischen Globalen Gewerkschaftsverbänden und multinationalen Unternehmen. Diese Vereinbarungen sichern die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen, da Gewerkschaften an der Implementierung und Überwachung der Vereinbarungen beteiligt sind.

Das dritte Instrument ist die Einrichtung von weltweiten Netzwerken von Gewerkschaften, die in dem jeweiligen Unternehmen vertreten sind. Wir brauchen solche Netzwerke, da sie uns in die Lage versetzen, kurzfristig und kontinuierlich Informationen auszutauschen.

Obwohl auf internationaler Ebene kein verbindlicher rechtlicher und politischer Rahmen besteht, haben wir neue und autonome Ansätze entwickelt.

Ich möchte die Gelegenheit hier nutzen, auf einige unserer Erfahrungen näher einzugehen. Unsere in jüngster Zeit verstärkten Bemühungen, auf globaler Unternehmensebene Arbeitnehmervertretungsstrukturen einzurichten, beruhen auf den sehr positiven Erfahrungen, die wir in den letzten zehn Jahren mit der Gründung von Europäischen Betriebsräten (EBR) gesammelt haben.

Ein 1994 von der EU verabschiedetes Gesetz ermöglicht die Gründung europäischer Arbeitnehmervertretungsstrukturen in Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten innerhalb der EU. Dieses Gesetz wurde verabschiedet, da als eine Folge der europäischen ökonomischen Integration Unternehmensentscheidungen zunehmend auf europäischer Ebene getroffen werden, die Möglichkeiten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zur Verteidigung ihrer Interessen aber an den nationalen Grenzen endeten. Heute existieren mehr als 750 EBR innerhalb der EU. In einigen Fällen waren wir sogar in der Lage, den EBR zu erweitern und Arbeitnehmervertreter aus Ländern außerhalb der EU – zum Beispiel aus der Türkei und Marokko – in den EBR zu integrieren.

Die Vorteile von EBR können in zwei Punkten zusammengefasst werden: Erstens, ermöglichen EBR den Arbeitnehmervertretern und Arbeitnehmervertreterinnen eine kollektive Interessenvertretung gegenüber dem Management auf europäischer Ebene. EBR haben das Recht, bei Angelegenheiten, die

mehr als ein Land betreffen, informiert und konsultiert zu werden. Dies hat sich als wertvolle Informationsquelle auf lokaler und nationaler Ebene erwiesen.

Die Erfahrung zeigt außerdem, dass es für Arbeitgeber wesentlich schwieriger ist, Belegschaften aus verschiedenen Ländern gegeneinander auszuspielen, wenn das Management die gesamte Belegschaft zeitgleich mit genau der gleichen Information versorgen muss.

Der zweite Vorteil von EBR besteht in der Möglichkeit zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmervertreter und -vertreterinnen und Gewerkschaften. Dies war wesentlich schwieriger, bevor die Einrichtung von EBR regelmäßige Treffen auf europäischer Ebene ermöglichte. EBR sind daher auch ein zentrales Element der Stärkung der europäischen Gewerkschaftsbewegung.

Natürlich gibt es noch immer Hürden. Die sprachlichen und kulturellen Unterschiede innerhalb Europas liegen auf der Hand. Wir mussten lernen, über sehr unterschiedliche politische Ansätze hinweg zusammenzuarbeiten. Die jüngste Erweiterung der EU um zehn Länder brachte uns mit neuen Partnern zusammen, die eine ganz eigene Geschichte und ökonomische Situation haben.

Die Erfahrung zeigt, dass diese Unterschiede überwunden werden können. Darüber hinaus bereicherte die Vielfalt von nationalen Ansätzen die Arbeit von Arbeitnehmervertretern und -vertreterinnen und Gewerkschaften.

Lassen Sie mich ein Beispiel dafür anführen, was mit EBR erreicht werden kann. Vor einem Monat schlossen EBR und Management bei General Motors eine Vereinbarung über die Handhabung von Restrukturierungsprozessen und Investitionen innerhalb Europas.

In der Vereinbarung einigte man sich auf einen gemeinsamen Katalog von Regeln, wie der Restrukturierungsprozess gerecht umgesetzt werden kann. Auf diese Weise konnten die Lasten auf mehrere Länder verteilt werden anstatt ein Land zu isolieren.

Aufgrund dieser positiven Erfahrungen mit EBR auf europäischer Ebene bemühten sich die Gewerkschaften in Europa verstärkt um die Gründung von Arbeitnehmervertretungsstrukturen auf globaler Unternehmensebene. Dies bedeutet, dass sich betriebliche Arbeitnehmervertretungen sowie Gewerkschaften von Unternehmensstandorten weltweit regelmäßig untereinander und mit dem zentralen Management treffen. Sie sind globale Foren für den Austausch von Informationen und für den Dialog zwischen Arbeitnehmerseite und Management.

Angesichts der momentan existierenden Global Governance Struktur können solche Gremien, die oft Weltbetriebsräte genannt werden, nur auf frei-

williger Basis gegründet werden. Solche globalen Arbeitnehmervertretungsstrukturen wurden bisher offiziell in neun Unternehmen gegründet. Formell existieren im Metallbereich Weltbetriebsräte bei SKF, Volkswagen, Renault und DaimlerChrysler.¹

Weniger formalisierte globale Arbeitnehmervertretungsstrukturen existieren darüber hinaus in einer Handvoll weiterer Unternehmen.

Welches Ziel verfolgen wir mit der Gründung globaler Arbeitnehmervertretungsstrukturen?

- Wir wollen den Einfluss der Arbeitnehmerseite ausweiten.
- Zum einen dadurch, dass Belegschaftsvertretungen Information direkt vom zentralen Management erhalten.
- Zum anderen durch die Schaffung eines Forums, durch das Arbeitnehmerinteressen in den strategischen Entscheidungsprozess innerhalb des Unternehmens eingebracht werden können.

In einer zunehmenden Anzahl von Unternehmen wurden von den Globalen Gewerkschaftsverbänden erfolgreich Internationale Rahmenvereinbarungen über die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen mit dem Management verhandelt.

In den letzten Jahren haben allein die IG Metall und die Globalen Gewerkschaftsverbände in unserem Organisationsbereich der Metallindustrie, der Textilindustrie und der holzverarbeitenden Industrie zehn solcher Internationalen Rahmenvereinbarungen über Kernarbeitsnormen abgeschlossen. Wir haben darüber hinaus auch eng mit Gewerkschaften in anderen Sektoren zusammengearbeitet. Zum Beispiel waren wir an der Verhandlung einer Rahmenvereinbarung bei dem Versandhaus Hess Natur beteiligt, da wir für die Umsetzung der Vereinbarung in Textilzulieferunternehmen verantwortlich sind.

Diese Internationalen Rahmenvereinbarungen sind bilaterale Vereinbarungen zwischen Management und Arbeitnehmerseite. Sie legen bestimmte Mindeststandards fest, die für das ganze multinationale Unternehmen weltweit gelten.

In den Verhandlungen mit den multinationalen Unternehmen erreichten wir, dass die Vereinbarungen auch in den Zuliefererbetrieben Anwendung finden. Dies ist von zentraler strategischer Bedeutung.

Die Vereinbarungen beziehen sich explizit auf die ILO-Konventionen zu Kernarbeitsnormen, wie zum Beispiel das Recht, eine Gewerkschaft zu gründen oder einer Gewerkschaft beizutreten, das Recht auf Kollektivverhandlungen, sowie die Ächtung von Kinderarbeit und Diskriminierung am Arbeitsplatz. In einigen Fällen gehen die Vereinbarungen über die ILO-Kernarbeitsnormen hinaus und enthalten zudem Verpflichtungen bezüglich der Ein-

haltung bestimmter Gesundheitsschutzstandards am Arbeitsplatz sowie Bestimmungen zur gerechten Entlohnung oder Ausbildung. Die Vereinbarungen legen zudem fest, wie die Inhalte der Vereinbarung der Belegschaft weltweit mitgeteilt werden, wie die Vereinbarungen umgesetzt werden und wie die Einhaltung der Vereinbarung überwacht wird.

Der Einbezug von multinationalen Unternehmen und deren Zuliefererfirmen bedeutet einen Riesenschritt in Richtung der weltweiten Verteidigung grundlegender Menschenrechte und sozialer Grundrechte. Die Erfahrung zeigt, dass solche globalen Rahmenvereinbarungen einen wirklichen Wandel bewirken können.

Wenn wir nur die Vereinbarung über „Grundsätze zur sozialen Verantwortung bei DaimlerChrysler“ betrachten, dann stellen wir fest, dass seit deren Abschluss vor nur zwei Jahren die Vereinbarung schon in neun Fällen angewendet wurde. Acht dieser Fälle betrafen Zuliefererunternehmen und Händlerbetriebe. Dies zeigt, wie wichtig es ist, den Schutz der Grundrechte über das eigentliche multinationale Unternehmen hinaus auszuweiten.

Gewerkschaftliche Organisierungs- und Verhandlungsrechte wurden erfolgreich verteidigt in der Türkei, in Costa Rica sowie in Brasilien. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass drei der durch die Vereinbarung beigelegten Konflikte in Deutschland auftraten. Dies zeigt: unsere Anstrengungen zur Sicherung grundlegender Rechte müssen zu Hause beginnen.

Das dritte Instrument zur Sicherung eines gerechteren Systems der Globalisierung liegt in unseren eigenen Händen. Die IG Metall bemüht sich um die Entwicklung unternehmensbezogener globaler Gewerkschaftsnetzwerke von hauptamtlichen und betrieblichen Gewerkschaftsvertretern und -vertreterinnen. Diese Idee ist nicht neu, sie reicht zurück bis in die 1970er Jahre. Was wir jedoch brauchen, sind systematischere und dauerhaftere Strukturen. Daher haben wir als Gewerkschaften in jüngster Zeit unsere Bemühungen um einen intensiveren Informations- und Erfahrungsaustausch sowie um eine gemeinsame Stärkung unseres Einflusses auf globaler Unternehmensebene intensiviert.

Heute existieren ca. 35 globale Gewerkschaftsnetzwerke. Eines der größten Hindernisse ist jedoch die Frage personeller und finanzieller Ressourcen. Der Erhalt solcher Netzwerke und die Durchführung globaler Treffen ist recht teuer; nimmt man zum Beispiel die Kosten für Reisen und Übersetzung.

Eine Lösung für dieses Ressourcenproblem könnte die Schaffung regionaler Gewerkschaftsnetzwerke sein. Die Idee besteht darin, regionale Gewerk-

schaftsnetzwerke für die verschiedenen Weltregionen einzurichten, die dann ihrerseits zu einem globalen Gewerkschaftsnetzwerk verknüpft werden.

Der Vorteil eines solchen Ansatzes besteht darin, solche regionalen Treffen leichter organisieren zu können. Die Sprachbarrieren und kulturellen Unterschiede sind geringer, damit können die involvierten Gewerkschaften leichter eine gemeinsame Kooperationsbasis finden. Regionale Treffen sind zudem kostengünstiger, Gewerkschaftsvertreter und -vertreterinnen können sich somit unter Umständen regelmäßiger treffen.

Die Verknüpfung solcher regionalen Netzwerke zu einem globalen Gewerkschaftsnetzwerk würde uns als Gewerkschaften in die Lage versetzen, unsere Kooperation besser auf spezifische Unternehmen zu fokussieren. Auf diese Weise könnten wir uns besser mit dem Prozess der Globalisierung und dem damit verbundenen Problem eines intensivierten Wettbewerbs innerhalb der Unternehmen auseinandersetzen.

Wie ich bereits eingangs erwähnte: die multinationalen Unternehmen sind bereits auf dem globalen Spielfeld, während die Gewerkschaften sich noch in der Umkleidekabine befinden (und sich vielleicht gerade ihre Trikots überstreifen und nach ihren Schuhen suchen).

Aber ich bin mir sicher,

- wenn wir weiterhin Druck auf nationale Regierungen und internationale Organisationen ausüben, um verbindliche Regeln für die Weltwirtschaft zu etablieren;
- und wenn wir unsere eigenen autonomen Instrumente zur Sicherung grundlegender Sozialstandards weiterentwickeln;
- dann steht auch unsere Mannschaft bald auf dem globalen Spielfeld.

Ich bin überzeugt, dass wir unsere Kooperation verstärken müssen, um eine stabile und erfolgreiche Partnerschaft zu erreichen.

Wir müssen Gelegenheiten wie diese Konferenz nutzen, um gegenseitig voneinander zu lernen. Ich habe einige Dinge skizziert, die ich für wesentliche Voraussetzungen eines gerechteren Systems der Globalisierung halte. In dieser Weltregion gibt es wiederum andere Ideen und andere Kulturen, von denen wir alle lernen können.

Ich bin sehr interessiert, mehr über Ihre Vorstellungen einer gerechten Weltwirtschaft zu erfahren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

¹ Die fünf weiteren Unternehmen, in denen Weltbetriebsräte existieren sind der dänische Spielwarenhersteller Lego, das schwedische Versicherungsunternehmen Skandia, der italienische Baukonzern Impregilo, das französische Spezialchemieunternehmen Rhodia sowie der französische Stromversorger Electricité de France.

BDA greift Mindestlöhne scharf an. HB, Fr./Sa., 8./9.4.05. „Ein Mindestlohn gleich welcher Form führt in eine neue beschäftigungspolitische Sackgasse. Mindestlöhne zerstören Arbeitsplätze entweder durch die Verdrängung in Schwarzarbeit, Verlagerung ins Ausland oder schlichtweg durch Wegfall,“ so Präsident D. Hundt.

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes für Mindestlöhne. HB, Mi., 13.4.05. K. Robl, Hauptgeschäftsführer des Verbandes, spricht sich für Mindestlöhne, und gegen eine Lohn-Preis-Spirale, die nach unten kein Ende habe, aus. „Ohne den Mindestlohn im Baugewerbe wären noch viel mehr heimische Arbeitsplätze verloren gegangen.“ Er tritt für Ausweitung der Kontrollen vor allem gegen illegale Scheinselbstständigkeit und organisierte Schwarzarbeit ein und für künftige EU-weite Vollstreckung bei Verstößen gegen Mindestlöhne. Bei der derzeitigen Gesetzeslage könnten nur 20-30% der Geldbußen eingetrieben werden.

Arbeitgeberverband fordert höhere Geburtenzahl. BDA-Präsident D. Hundt beklagt die vergeudete staatliche Familienförderung – Erziehungsgeld – von 150 Mrd. Euro/Jahr. Sie führe nicht zu mehr Geburten. Auch eine vernünftige Integration der Eltern in den Arbeitsmarkt lasse zu wünschen übrig. „Familie ist unverzichtbar für eine stabile und langfristige Entwicklung der Gesellschaft.“ Er spricht sich für die Einführung eines einjährigen (einkommensabhängigen) Elterngeldes, einer Konzentration der staatlichen Transferleistung aus. Die Jobgarantie von drei Jahren gehe allerdings an der betrieblichen Realität vorbei. Junge Eltern müssten schnell wieder ins Arbeitsleben integriert, die Motivation für mehr Kinder gleichzeitig erhöht werden.

„Jobmotor“ soll durch diverse Steuersenkungen Erfolg bringen. L. G. Braun, DIHT-Präsident, mahnt die gesetzliche Umsetzung der vom „Jobgipfel“-Pläne zur Körperschaftssteuersenkung auf 19%. „Das Vertrauen in die Politik“ würde sonst weiter abnehmen. Die Reform der Erbschaftssteuer sei allerdings von besonders elementarer Bedeutung für den Jobmotor Mittelstand.

Garten- und Landschaftsbau-Verband erhofft sich Umsatz durch Feinstaubbelastung. FAZ, Do., 14.04.05. Der Bundesverband (BGL) fordert die Politik auf, die Gesundheit der Bürger durch mehr Grün in den Städten zu schützen. BGL-Präsident W. Küsters: „Bäume und Sträucher wirken schneller als die Einführung des Rußfilters“. Ein einziger Laubbaum könne der Luft bis zu einer Tonne Schadstoffe/Jahr entziehen.

Presseauswertung: rst

Von Walter Stain bis Christa Stewens

Die bayerischen Arbeits- und Schirmherrschaftsminister

Von Renate Hennecke

1954 übernahm der Freistaat Bayern die Schirmherrschaft über die „sudetendeutsche Volksgruppe“. Beim Sudetendeutschen Tag 2004 inszenierte Ministerpräsident Edmund Stoiber medienwirksam eine Erneuerung dieses Generalversprechens, die Sudetendeutsche Landsmannschaft und ihre Unterorganisationen politisch zu stützen und aus Steuermitteln zu finanzieren. Zuständig für die praktische Umsetzung dieses Versprechens ist das bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung. An seiner Spitze steht zurzeit die CSU-Politikerin Christa Stewens. Werfen wir einen Blick auf die „Schirmherrschaftsminister“ vor ihr.

Walter Stain – ehem. SdP-Mitglied und HJ-Führer

Erster in der Reihe war Walter Stain, bayerischer Arbeitsminister von Dezember 1954 bis Dezember 1962. Stain (*1916) stammte aus der Tschechoslowakei und hatte seine politische Laufbahn in der Sudetendeutschen Partei (SdP) Konrad Henleins begonnen, 1938 im Sudetendeutschen Freikorps gegen die Tschechoslowakei gekämpft und seinen Einsatz für Großdeutschland nach dem „Anschluss“ der tschechoslowakischen Grenzgebiete und der Übernahme der SdP-Mitglieder in die NSDAP als Gaujugendführer des NS-Turnerbundes und Führer der Hitlerjugend (HJ) fortgesetzt. Nach 1945 wurde er Mitbegründer und Vorstandsmitglied des „Witikobundes“, der „nationalen Gesinnungsgemeinschaft“, in der sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD ehemalige führende Aktivisten der SdP sammelten. Im bayerischen Landtag saß er als Abgeordneter des aggressiv revanchistischen GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechten), und unter Ministerpräsident Hans Ehard (CSU) war er bereits ab 1950 als Staatssekretär im bayerischen Innenministerium untergekommen. Sein Chef dort war Wilhelm Hoegner (SPD). Als dieser 1954 eine Viererkoalition mit FDP, Bayernpartei und GB/BHE bildete und die CSU für drei Jahre auf die Oppositionsbank schickte, stellte er seinen früheren Staatssekretär an die Spitze des Arbeits- und Sozialministeriums und verlagerte dorthin auch den Bereich „Flüchtlingswesen“, der vorher im Innenministerium angesiedelt war.

Auf dem Ministerssessel gelandet, umgab sich Stain mit seinesgleichen:

Als Kanzleichef im Range eines Regie-

rungsdirektors holte er sich den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Walter Hergl, der Kommunalreferent in Henleins Sudetendeutscher Partei gewesen war, bevor er im „Sudetengau“ als hoher Regierungsbeamter in der Reichsstahlhalterei und als Leiter der Gauhauptstelle der NSDAP tätig wurde. Auch Hergl gehörte zu den Gründern und Vorstandsmitgliedern des Witikobundes.

Zu seinem persönlichen Referenten machte Stain den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Friedrich Priller, der vorher bei Prof. Theodor Oberländer beschäftigt gewesen war. Letzterer stand als bayerischer Staatssekretär für Flüchtlingswesen nicht mehr zur Verfügung, weil er mittlerweile für den GB/BHE in den Bundestag eingezogen war. Oberländer hatte schon 1923 an Hitlers Marsch auf die Feldherrnhalle teilgenommen. 1957 – mittlerweile war er CDU-Mitglied – machte ihn dann der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer zum Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Der Beteiligung an grauenhaften Pogromen der Einheit „Nachtigall“ im Gebiet des ukrainischen Lwow (Lemberg) beschuldigt und in der DDR deswegen zum Tode verurteilt, musste Oberländer 1960 zurücktreten.

Wie der Herr, so's Gescherr

1957 – die CDU/CSU hatte die Bundestagswahl gewonnen, der GB/BHE war an der Fünfprozentklausel gescheitert – kündigten Bayernpartei und GB/BHE die Viererkoalition in Bayern auf. Hoegner musste zurücktreten und Platz machen für Hanns Seidel (CSU) und seine Koalition aus CSU, FDP und GB/BHE. Stain blieb Arbeitsminister und wurde für ein Jahr stellvertretender Ministerpräsident. Über seinen Einsatz für weitere alte Bekannte schrieb der „Spiegel“ am 24.6.1959:

„1957 mußte der BHE aus dem Bundestag ausziehen, und Walter Stain unternahm beachtliche Anstrengungen, um Bonner Ex-Parlamentarier im bayerischen Staatsdienst unterzubringen. Den früheren Bundestagsabgeordneten – und Sudetendeutschen – Wilfried Keller machte er zum Prozeßvertreter in der juristischen Abteilung seines eigenen Hauses; den Keller-Kollegen – und Sudetendeutschen – Johannes Strosche schleuste er in das bayerische Kultusministerium ein ... Er konnte noch mehr als arbeitslose Flüchtlingspolitiker versorgen. Ein Dr. Reinholt Kolarszyk war immerhin wohldotierter Abgeordneter des Bayerischen Landtags, als Walter Stain ihn zum Pressereferenten seines Ministeriums ernannte ... Kolarszyk

Qualifikation: Er war Redakteur und Chefredakteur schlesischer und sudetendeutscher NS-Blätter gewesen ... In einer offene Meuterei aber brach der Betriebsrat aus, als plötzlich ein Dr. Fritz Köllner in die Gewerbeaufsichtsabteilung des Hauses einmarschierte. Dieser – sudetendeutsche – Dr. Köllner war immerhin in seiner Heimat stellvertretender Gauleiter, auch Gauamtsleiter und SA-Brigadeführer gewesen.“ (Zitiert nach 1)

Die Proteste des Betriebsrates blieben erfolglos, Köllner wurde Chef der Gewerbeaufsicht. Noch im gleichen Jahr wurde er in den Vorstand des Witikobundes gewählt. Über ihn hatte das NS-Gauorgan „Die Zeit“ (Chefredakteur: Walter Becher, später langjähriger Vorsitzender der Sudetenden Deutschen Landsmannschaft und des Witikobundes) am 7.12.1940 unter der Überschrift „Keine Weihnachtsgratifikation für Juden und Polen“ geschrieben: „Der Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Sudetenland Pg. Dr. Fritz Köllner gibt bekannt: Die Teilnahme von Polen und Juden an dem Weihnachtsfest des deutschen Volkes würde mit dem gesunden Volksempfinden nicht vereinbar sein. Deshalb dürfen ihnen auch die Vorteile nicht zukommen, die der Betriebsführer seinen Gefolgschaftsmitgliedern anlässlich dieses Festes gewährt. Ich erwarte daher, dass deutsche Betriebsführer davon absehen, Polen oder Juden Weihnachtsgratifikationen zu gewähren.“ (Zitiert nach 1) Bleibt noch hinzuzufügen, dass auch Keller und Strosche nicht einfach „Sudetendeutsche“, sondern maßgebliche Leute im Witikobund waren.

Arbeitsminister Walter Stain holte aber nicht nur ehemalige SdP- bzw. NSDAP-Mitglieder und unverbesserliche Volkstumskämpfer in sein Ministerium, er war auch zuständig für die Verteilung von Geldern an Organisationen, in denen solche Leute ihr Unwesen trieben. Dazu gehörten die deutschen Landsmannschaften, aber auch Organisationen wie z.B. der „Slowakische Nationalrat im Ausland“, in dem sich geflohene Würdenträger der klerikal-faschistischen slowakischen Tiso-Diktatur von Hitlers Gnaden tummelten, darunter z.B. Tisos ehemaliger „Außenminister“ Ferdinand Durčansky oder sein Staatssekretär Franz Karmasin (1957 Geschäftsführender Vorsitzender des Witikobundes). Bei einer Feier anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung des slowakischen Marionettenstaates am 13. März 1959 hielt Staatsminister Stain die Festrede. Unangenehme Folgen derartiger Auftritte brauchte er

nicht zu fürchten, schickte doch CSU-Chef Franz-Josef Strauß, damals Verteidigungsminister in Bonn, eine herzliche Grußbotschaft an die Versammlung.

Später (1986-1990) war Stain Vorsitzender des Witikobundes, danach wurde er als „besonders verdienter älterer Kamerad“ in dessen „Senat“ berufen.³

Strenkert und Schütz – Katholische Aktion und Ackermanngemeinde

1962 schied Stain aus dem bayerischen Kabinett aus. Der neue Ministerpräsident Alfons Goppel ernannte zum neuen Arbeitsminister keinen Sudetendeutschen, sondern Paul Strenkert. Der war Beauftragter für Arbeiter- und Sozialfragen in der Katholischen Aktion der Diözese Augsburg, d.h. er kam aus dem Umkreis des „Panropa-Bischofs“ Josef Stimpfle. Bereits 1964 wurde Strenkert jedoch von seinem Staatssekretär Hans Schütz (CSU) abgelöst. In der Tschechoslowakei hatte Schütz dem Parteivorstand der Deutschen Christlich Sozialen Partei angehört, der 1938 die Partei aufgelöst und ihren Mitgliedern den Beitritt zur Sudetendeutschen Partei empfohlen hatte. In der BRD war Schütz Gründungsmitglied der Ackermanngemeinde (katholische Gesinnungsgemeinschaft in der SL) und einer der 17 Unterzeichner der Eichstätter Erklärung vom Dezember 1949. In der Erklärung, die zu den Gründungsdokumenten der SL zählt, hieß es: „Unsere unabdingbare Forderung ist die Rückgabe der Heimat in den Sprach- und Siedlungsverhältnissen von 1937.“

Fritz Pirkl – konservativer Katholik, Mitgründer der Hanns-Seidel-Stiftung

Auch Schütz blieb nur zwei Jahre im Amt. Auf ihn folgte Fritz Pirkl (*1925), der 18 Jahre (1966-1984) amtierte. Pirkl stammte aus dem konservativen bayerischen Katholizismus und engagierte sich vor seinem Eintritt in den Staatsdienst hauptsächlich in der katholischen Jugendarbeit und der Jungen Union, deren stellvertretender Bundesvorsitzender er 1960-63 war. 1963 wurde er Mitglied des CSU-Präsidiums, 1964 Staatssekretär im bayerischen Arbeitsministerium, 1966 Minister.

Dass mehr als anderthalb Jahrzehnte lang das für die „Vertriebenen“ zuständige Staatsministerium nicht mehr unmittelbar von einem der Ihren geleitet wurde, wirkte sich keineswegs zum Nachteil der Sudetendeutschen Landsmannschaft aus. Pirkl kam nicht nur regelmäßig zum Sudetendeutschen Tag, sondern er beehrte auch die Jahrestagungen des Witikobundes mit seiner Anwesenheit. 1974 bescheinigte er den Witikonen: „Ich weiß, dass die Arbeit der Sudetendeutschen Landsmannschaft, als die Gestaltung Ihrer Volksgruppe außerhalb der Heimat, zu einem nicht unbedeutenden Teil von Mitgliedern Ihres Bundes getragen wird und Sie die

größere Sache der Volksgruppe und des Volkes vor die Ihres Bundes stellen.“ Womit er nicht nur dem Witikobund, in dessen Vorstand mittlerweile etliche NPD-Funktionäre saßen, Honorigkeit bescheinigte, sondern auch den Anspruch der SL unterstrich, politische Vertretung einer 3,5 Millionen Köpfe zählenden „Volksgruppe“ zu sein.

Auf dem WB-Jahrestreffen 1978 in Passau ließ sich Pirkl von Ministerialrat Dr. Dengler vertreten. Dieser erklärte: „Die bayerische Staatsregierung bekennt sich eindeutig zu dem Recht auf Heimat und zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und Volksgruppen. Deshalb darf die Eingliederung der Heimatvertriebenen niemals zu einer Assimilierung führen, wie das von so manchen angestrebt wird, um auf diese Art und Weise das Vertriebenenproblem zu lösen. Die Eingliederung soll vielmehr nur ein Ersatz für das vorenhaltene Recht auf die Rückkehr in die Heimat sein. Die unerwünschte Assimilierung der Heimatvertriebenen kann aber nur wirksam angehalten werden, wenn es die Verbände und Vereinigungen von Vertriebenen gibt, die das Gedenken an die Heimat und die Selbstbestimmung einer Volksgruppe hochhalten. Zu diesen Verbänden gehört nicht zuletzt der Witikobund, der als eine seiner wesentlichen Aufgaben die Bewahrung des Selbstbewusstseins und des Selbstverständnisses der sudetendeutschen Volksgruppe ansieht. Ich kann Ihnen daher versichern, dass der Witikobund, genauso wie die anderen Verbände der Vertriebenen, auch weiterhin bei der Bayerischen Staatsregierung volles Verständnis für seine Arbeit finden wird.“ (Zitiert nach 4)

Die „sudetendeutsche Frage“ wird europäisiert

Solche Töne müssen wohl zum Teil als Beschwichtigung derjenigen Mitglieder der CSU interpretiert werden, die nach dem Niedergang des BHE von der CSU aufgesogen worden waren und sich mit der Politik identifizierten, die die SL unter der Führung von WB-Aktivisten betrieb. Denn während der Amtszeit von Fritz Pirkl fand eine Verschiebung zu Lasten des Witikobundes statt. 1973 wurde von führenden CSU-Politikern, unter tätiger Mithilfe des frisch eingebürgerten Kaiserenkels Otto von Habsburg, die dahinsiechende und hoch verschuldete Panropa-Union (PEU) saniert und zum Instrument christsozialer Europapolitik aufgepäppelt. Beide Ministerpräsidenten, in deren Amtszeit Pirkl Arbeitsminister war – Alfons Goppel und Franz Josef Strauß – waren Panropaer, Goppel stand sogar lange Jahre als Präsident an der Spitze der deutschen PEU-Sektion. Die „sudetendeutsche Frage“ wurde jetzt „europäisiert“. An der Spitze der SL standen zu dieser Zeit mit Walter Becher (Sprecher; s.o.) und Franz Böhm (Bundesvorsitzender;

ehem. Leiter des Gaugerichts Sudetenland der NSDAP) noch immer zwei ehemalige SdP- und NSDAP-Funktionäre. Allzu offener Revanchismus war jedoch nicht mehr angesagt. Strauß fasste die neue Linie auf dem Sudetendeutschen Tag 1986 so zusammen: „Das Kernproblem der deutschen Frage und des Heimat- und Selbstbestimmungsrechtes für alle Deutschen ist nicht die Diskussion um die Grenzen, sondern um die Freiheit für alle Völker Europas. Nur in einem freien Europa kann auch das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen verwirklicht werden.“ Nach der „Befreiung des Ostens“ konnte man ja weiter sehen. In derselben Rede erklärte Strauß, die von der SPD/FDP-Regierung Anfang der 70-er Jahre geschlossenen Ostverträge, und somit auch ihre Aussagen bezüglich der bestehenden Grenzen – würden „den Verhandlungen einer gesamtdeutschen, demokratisch legitimierten Regierung keine Grenze setzen. Sie enthalten keine rechtliche oder politische Bindewirkung“. (Zitiert nach 2)

Entscheidenden Anteil an der Entwicklung dieser Linie hatte die Hanns-Seidel-Stiftung, die auch zu ihrer Durchsetzung gegenüber der Landsmannschaft diente. Die Stiftung war 1966/67 unter maßgeblicher Beteiligung von Fritz Pirkl gegründet worden, und bis zu seinem Tod 1993 war der für die „Vertriebenen“ zuständige Staatsminister auch Stiftungsvorsitzender.

Millionen für die Landsmannschaft

Die Zeit des Schirmherrschafstministers Pirkl war somit eine Periode der strategischen Umorientierung und der langfristigen Ausrichtung. Gleichzeitig wurde die Landsmannschaft durch die Errichtung der Sudetendeutschen Stiftung und den Bau des Sudetendeutschen Hauses in München materiell abgesichert. Im Juli 1970 verabschiedete der bayerische Landtag ein Gesetz über die Gründung der Stiftung. Deren Hauptzweck sei, so Pirkl, „die Sudetendeutsche Landsmannschaft als allumfassende Volksgruppenorganisation mit ihren sämtlichen Gliederungen, Einrichtungen, Organisationen und Vereinigungen zu fördern und somit deren heimatpolitischen und kulturpolitischen Zielen zu dienen“. (Zitiert nach 2) Das Stiftungsvermögen bestand zunächst aus 200.000 DM aus der Steuerkasse des Freistaates Bayern und 100.000 DM von der SL. Freilich wurde mit reicherem Geldsegen gerechnet. Auf Initiative des CSU-Abgeordneten (1971-94) und ersten Vorstandsvorsitzenden der Sudetendeutschen Stiftung (bis 2004), Dr. Fritz Wittmann (Ministerialrat im bayerischen Arbeitsministerium; Multifunktionär von SL und BdV), verabschiedete der Bundestag 1972 das sog. „Westvermögens-Abwicklungsgesetz“. Auf dessen Grundla-

ge erhielten die Landsmannschaften 1974 vom Bund 29 Millionen DM aus der Auflösung des „Westvermögens“ von Kreditinstituten aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und dem NS-Gau „Sudetenland“. Zwölf Millionen davon gingen an die Sudetendeutsche Stiftung. Noch im gleichen Jahr 1974 wurde der Bau des Sudetendeutschen Hauses beschlossen. Von den 22 Millionen DM, die das Projekt kostete, kamen 6,9 Millionen aus dem Etat der Stiftung, 11 Millionen direkt von der bayerischen Regierung.² Das Haus sollte „der Schirmherrschaft des Freistaates Bayern über die Sudetendeutsche Volksgruppe sichtbaren Ausdruck verleihen“ (Erläuterung im Haushaltplan des bayrischen Arbeitsministeriums).

Die SL-Spitze beschirmt sich selbst

1984 löste Franz Neubauer Fritz Pirkl als bayerischer Arbeitsminister ab. Mit dem gebürtigen Egerländer (*1930) kam erstmals ein (seit 1982) amtierender SL-Sprecher direkt auf den Ministerposten. SL-Bundesvorsitzender war, ebenfalls seit 1982, Jörg Kudlich (*1936). Während Neubauer sich der katholischen Ackermannsgemeinde zurechnete, war Kudlich Vorstandsmitglied des Witikobundes – und Ministerialrat bei Neubauer. Die Fördermittel aus dem Haushalt des Arbeitsministeriums konnte sich die SL-Spitze also gleich an Ort und Stelle selbst zuteilen. Allerdings nicht sehr lange: Nach den Wahlen von 1986 wurde Neubauer als Arbeitsminister durch Karl Hillermeier ersetzt. Kudlich blieb im Ministerium, trat aber im Februar 1987 als SL-Vorsitzender zurück. Neubauer übernahm nicht nur den Vorsitz des bayerischen Sparkassenverbandes, sondern war bis zur Wahl von Bernd Posselt und Johann Böhm im Jahre 2000 gleichzeitig Vorsitzender und Sprecher der SL.

Im Arbeitsministerium war die SL auch nach Neubauers Abgang hochkarätig vertreten, z.B. durch Ministerialdirigent Prof. Hans Sehling (*1928), langjähriger Präsident der SL-Bundesversammlung, Mitglied des SL-Bundesvorstandes und Vizepräsident des BdV.

Hillermeier, Glück, Stamm und Stewens – und ihre Beamten

Von den Minister/inne/n Karl Hillermeier (1986–1988), Gebhard Glück (1988–1994), Barbara Stamm (1994–2001) und Christa Stewens (seit Januar 2001) ist ein unmittelbarer landschaftlicher Hintergrund nicht bekannt. Gebhard Glück und Barbara Stamm sind dagegen in der Mitgliederliste der Hanns-Seidel-Stiftung zu finden⁷. Und was ist mit ihren Ministerialbeamten?

Einer von denen, die jahrzehntelang im Arbeitsministerium tätig waren, ist Ministerialrat a.D. Dr. Hartmut Singbartl. Seinen juristischen Doktorgrad

erwarb der gebürtige Egerländer (Jahrgang 1939) mit einer rechtfertigenden Arbeit über das Münchner Diktat. Sie wurde 1971 – die sozialliberale Regierung Willy Brandt bereitete gerade nach dem Vertrag mit Polen den mit der Tschechoslowakei vor – unter dem Titel „Die Durchführung der deutsch-tschechoslowakischen Grenzregelung von 1938“ als Veröffentlichung Nr. 5 des Sudetendeutschen Archivs herausgegeben und von der Rudolf-Lodgman-Stiftung der SL gefördert. Doktorvater war der eng mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft verbundene Regensburger Völkerrechtler Otto Kimminich. Singbartl erklärte – unter Offenhaltung verschiedener Hintertürchen –, die tschechoslowakische Regierung habe 1938 über die britische Regierung der deutschen Regierung die Abtretung von Landesteilen angeboten, das Deutsche Reich habe durch das Münchner Abkommen deutlich gemacht, dass es gewillt sei, auf dieses Angebot einzugehen, und bestimmte Durchführungsmodalitäten festgelegt, woraufhin die tschechoslowakische Regierung diesem Abkommen zwischen Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich „beigetreten“ sei und die Abtretungen als endgültig akzeptiert habe. Selbst wenn dies alles möglicherweise unter Androhung von Gewalt geschehen sei, habe das Abkommen doch durch die „erbrachte vertragliche Leistung“ „rechtsgestaltende Kraft“ erlangt. Das „Sudetengebiet“ sei somit nach dem 1. Oktober 1938 zu einem „integrierenden Bestandteil des Deutschen Reiches“ geworden.

Bis zu seiner Pensionierung im Sommer 2004 sei Singbartl „als ranghoher Beamter der Bayerischen Staatsregierung mit der rechtlichen, kulturellen und finanziellen Ausgestaltung der Schirmherrschaft über die sudetendeutsche Volksgruppe betraut“ gewesen, schreibt die Sudetendeutsche Zeitung am 14.1.2005. Zum 1. Januar 2005 übernahm Singbartl von Dr. Fritz Wittmann den Posten des Vorstandsvorsitzenden der Sudetendeutschen Stiftung.

Bis 2003 im Arbeitsministerium war Staatssekretär Georg Schmid, der im Zuge der Auseinandersetzung um die sog. Beneš-Dekrete die Deutsch-Tschechische Deklaration von 1997 zur Makulatur erklärte. In der Deklaration heißt es: „Gerade deshalb, weil sie (die beiden vertragschließenden Seiten – RH) sich der tragischen Kapitel ihrer Geschichte bewusst bleiben, sind sie entschlossen, in der Gestaltung ihrer Beziehungen weiterhin der Verständigung und dem gegenseitigen Einvernehmen Vorrang einzuräumen, wobei jede Seite ihrer Rechtsordnung verpflichtet bleibt und respektiert, dass die andere Seite eine andere Rechtsauffassung hat. Beide Seiten erklären deshalb, dass sie ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politi-

schen und rechtlichen Fragen belasten werden.“ Demgegenüber konstatierte Schmid am 16. Februar 2002 in einer Pressemitteilung mit dem Kopf des bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, das Rechtsverständnis des tschechischen Premiers Zeman verdiene keinen Respekt und der Bestimmung in der Deutsch-Tschechischen Erklärung, „zu ‚respektieren‘, dass die andere Seite eine andere Rechtsauffassung hat“, könne man „nun nicht mehr ohne weiteres folgen“.

Schmid wird, ebenso wie seine frühere Chefin Barbara Stamm, von der Zeitschrift der Panropa-Union Deutschland als Redner bei wichtigen Veranstaltungen dieser fundamental-christlichen, erzreaktionären Organisation zitiert. Der deutsche Präsident der PEU, Bernd Posselt, ist seit 2000 SL-Vorsitzender, und SL-Sprecher Johann Böhm ist Mitglied der Hanns-Seidel-Stiftung und steht der PEU zumindest nahe.

Die Verhältnisse haben sich gewandelt seit den 1950er Jahren. Damals verwendete Walter Stain seinen Ministerposten, um alten Kameraden ein gutes Auskommen zu verschaffen und Einfluss auf die Politik der Staatsregierung zu nehmen. Heute besetzt die Staatsregierung die höchsten Posten in der Landsmannschaft. An der Spitze der SL stehen mit Bernd Posselt und Johann Böhm CSU-Politiker, die mit Hilfe der Landsmannschaft eine Politik umsetzen, die sich „europäisch“ verkleidet, aber nicht weniger aggressiv deutsch-nationale Ziele vertritt.

Walter Stain übrigens, der Witikone, der 1962 als Arbeitsminister in München nicht mehr gebraucht wurde, saß später der Sudetendeutschen Bundesversammlung vor, die sich als „Exilparlament der sudetendeutschen Volksgruppe“ versteht. 1986–89 war er Bundesvorsitzender des Witikobundes. Als er starb, würdigte Bernd Posselt seine Verdienste: „Walter Stain war nicht nur einer unserer führenden Repräsentanten, sondern auch ein erfolgreicher Schirmherrschafftsminister, auf den viele segensreiche Einrichtungen der bayerischen Vertriebenenpolitik zurückgehen.“ (Sudetendeutsche Zeitung 9.2.01)

Quellen:

- 1 Georg Herde und Hans Maier, ...bis alles in Scherben fällt, Beiträge zur Zeitgeschichte, 1960, S. 18 bzw. 25
- 2 Georg Herde/Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, Köln 1987, S. 20, 49 bzw. 51
- 3 Friedrich Pospiech, Konservativ-Rechtsextreme Komplizenschaft oder „Der Fall Dr. Staffa / Witikobund“ – Ein Politkrimi, Esslingen, 2003, S. 34
- 4 Der Rechte Rand Nr. 53, Juli/August 1998
- 5 Neue Kommentare, hrsg. von Georg Herde, Jahrgänge 1958–1980
- 6 Homepage der bayerischen Staatsregierung/Kabinette seit 1945 (www.bayern.de)
- 7 Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung www.hss.de (8) Panropa Deutschland, z.B. Nr. 4/1996, 4/1999, 4/2000

Konsum und Propaganda

„Volksprodukte“ im „3. Reich“

Die NS-Herrschaft konnte durch effektive Propaganda, brutalste Repression gegen Kritiker und mit der Beute, die dem „deutschen Herrenvolk“ für den Fall eines gewonnenen Krieges in Aussicht gestellt wurde, einen Großteil der Deutschen bis zuletzt an sich binden. Dem dienten auch die Sozialpolitik, die „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“ oder die „Volksprodukte“. Unter Letzterem sind Waren zu verstehen, die durch geringere Preise breiteren Schichten zugänglich gemacht werden sollten. Es gab zwei Varianten zur Herstellung der „Volksprodukte“. Zum einen die Arbeitsgemeinschaften verschiedener Einzelkapitalien, zum anderen die Übernahme durch staatliche oder parteiliche Institutionen.

Das bekannteste Erzeugnis der ersten Kategorie ist der „Volksempfänger“.

1933 besaß nur jeder vierte Haushalt ein Rundfunkgerät. Eine stärkere Radioverbreitung lag insbesondere im Interesse der Propaganda, die den Rundfunk für ihre Zwecke nutzte. Bereits Mitte 1933 konnte der erste „Volksempfänger“ für die Hälfte des damals üblichen Preises als Gemeinschaftsprodukt der deutschen Radiohersteller präsentiert werden.

Bis 1938 wurden weit über 2 Millionen Apparate verkauft; das bedeutete einen jährlichen Marktanteil zwischen 24,3 und 43,7%. Dem Volksempfänger folgte 1938 der „Deutsche Kleinempfänger“, der insgesamt 2,8 Millionen mal verkauft wurde. 1941 verfügten immerhin 65% der Haushalte über ein Radio.

Für die zweite Variante, der Produktion in staatlicher oder Parteiregie, steht der „Volkswagen“. Zunächst sollte auch er in einer Arbeitsgemeinschaft der Autohersteller gebaut werden. Der vorgeschriebene Preis von höchstens 1000 RM (der bis dahin günstigste Wagen, der Opel P4, kostete 1450 RM) lag unter der Rentabilitätsgrenze, weshalb die Industrie die Arbeiten hinauszögerte. Anfang 1937 übernahm die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) die Planungen mit der Maßgabe, den Wagen selbst zu produzieren. 1939 konnte ein VW-Modell auf der Automobilausstellung gezeigt werden. Das „Preiswunder“ von 990 RM wurde nur durch Subventionen der DAF für dieses Prestigeobjekt möglich. Die berühmte Ansparaktion der DAF-Unterorganisation „Kraft durch Freude“ (KdF), bei der Käufer jahrelang Gelder einzahlten, war mit 330000 Kunden gemessen an den bombastischen Dimensionen, die sich u.a. Hitler selbst ausgemalt hatte, eher ein Misserfolg. Je-



gegangen.“ (S. 176) Die wesentlichen Kosten eines Autos machte sowieso nicht der Kaufpreis, sondern der Unterhalt (v.a. Treibstoff und Versicherung) aus.

Auch deswegen wäre der Volkswagen ein Mittelstandsauto geblieben.

Der Sinn und Zweck, den die NSDAP mit diesen in erster Linie politisch motivierten Projekten verfolgte, ist auf der wirtschaftlichen sowie auf der propagandistischen Ebene zu suchen. Der Staat agierte als ideeller Gesamtkapitalist, der Bevölkerungskreisen Zugang zu Industrieprodukten gewähren wollte, die durch die bisherigen Preise davon ausgeschlossen waren. Die Verantwortlichen erhofften sich davon nicht nur eine engere Bindung der Bevölkerung an die NSDAP, sondern auch einen Schub für die technologische Entwicklung. Und: „Die projizierten Konsummöglichkeiten und insbesondere die Volksprodukte wurden für die Propagierung und Inszenierung der ‚Volksgemeinschaft‘ genutzt.“ (S. 19) Zu diesem Schluss kommt ein neues Buch von Wolfgang König über die „Volksprodukte“. Tatsächlich waren die eigentlichen Nutznießer der Volksprodukte die mittelständischen Schichten. Die meisten Preise blieben für Arbeiter weiterhin unerschwinglich, zumal die Löhne bis 1936 stagnierten bei gleichzeitig anziehenden Lebenshaltungskosten.

Mit der Politik der Volksprodukte griff der nationalsozialistische Staat in die Wirtschaft ein – ohne ihren kapitalistischen Charakter zu negieren: durch Vorschriften zu Typisierung, Preisgestaltung und Kooperation der Einzelkapitalien. Dies betraf neben dem Volksempfänger den „Volksfernseher“ und den „Volkskühlschrank“. Im November 1938 wurde eine Arbeitsgemeinschaft der entsprechenden Wirtschaftsunternehmen beauftragt, einen „Einheits-Fernsehempfänger“ für 650 RM zu entwickeln, was die Kosten nicht gedeckt hätte, und seit 1937 wurde an einem „Volkskühlschrank“ als Gemeinschaftsmodell verschiedener Hersteller gewerkelt. Beide Produkte kamen

denfalls stand den Prahlereien der DAF keine Realität zur Seite: „Nun ist auch die stille Sehnsucht des deutschen Arbeiters, ein Auto zu besitzen, in Erfüllung

wegen des Krieges nicht mehr auf den Markt.

Außerdem übernahmen Parteiorganisationen oder staatliche und halbstaatliche Institutionen die Rolle des Produzenten. Neben dem Volkswagen war dies im Wohnungsbau und bei den Reiseangeboten der Fall.

Mit „Volks- und Führerwohnungen“ wollte das Reichsarbeitsministerium dem akuten Wohnraummangel begegnen: Es gelte billigste, hinsichtlich Ausstattung äußerst beschränkte Wohnungen zu erbauen. Bis einschließlich 1939 wurden jedoch lediglich 157500 „Volkswohnungen“ errichtet – bei einem Fehlbestand von bis zu drei Millionen Billigwohnungen. Von 1934 bis 1938 machten jährlich eine Million Deutsche Urlaub mit dem KdF-Amt „Reisen Wandern und Urlaub“, bei dem die Preise zwar die „Fremdkosten“ deckten, die Verwaltungs- und Bearbeitungskosten aber von der DAF zugeschossen wurden.

Bei gewonnenem Krieg, das zeigen die utopischen Pläne insbesondere der DAF, wären Staat und Partei häufiger in die Rolle des Produzenten getreten. Neue Werke, die nicht mehr klassisch privatkapitalistisch geführt worden wären, hätten womöglich eine Eigendynamik entwickelt.

Dementsprechend gab es dazu auch im Staats- und Parteiapparat Widersprüche, wie die Kontroverse zwischen Reichswirtschaftsminister Walther Funk, der „das Prinzip der Privatwirtschaft“ und DAF-Führer Robert Ley, der das „der Staats- bzw. Parteiwirtschaft vertrat“ (S. 222) zeigt.

König diskutiert die „Volksprodukte“ v.a. unter der Fragestellung, ob sie zu einer „nationalsozialistischen Konsumgesellschaft“ (S. 18) geführt hätten, was er aufgrund seiner Analyse verneint. Der Konsum aber scheint mir ein nachrangiger Erklärungsansatz zu sein, so deutlich wie der Propagandaaspekt im Vordergrund stand. Nicht zufällig waren die vorantreibenden und meist federführenden Kräfte die DAF und Goebbel's Propagandaministerium. Für die Bevölkerung sollte auch etwas abfallen, damit die Ideologie der „Volksgemeinschaft“ nicht als leere Propagandahülse dastünde.

Die tatsächliche Bedeutung der häufig unterschätzten „Volksprodukte“ wird von König herausgearbeitet, und für eine Diskussion über die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik liefert seine Untersuchung aufschlussreiche Ergebnisse. F

Wolfgang König: Volkswagen, Volksempfänger, Volksgemeinschaft. „Volksprodukte“ im Dritten Reich: Vom Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2004, 310 S., 36 Euro.
(aus: Antifaschistische Nachrichten Nr. 6/2005)

„Diebstahl im Blick“

Ein ehemaliger Fahnder des Bundesgrenzschutzes in Bremen hat sich von den bundesweit über 100.000 angezeigten Taschendiebstählen anregen lassen, eine Homepage zu diesem Thema ins Netz zu stellen: www.taschendiebstahl.com. In seiner Presseschau kann man sich ansehen, wer wo mit diesem Delikt Schlagzeilen macht. Da liest man von zwei Frauen (35 und 38 Jahre) aus Südamerika, die wie drei Osteuropäer (26, 25, 31 Jahre) in Berlin festgenommen worden sind, von einem 18-jährigen Marokkaner und einem gleichaltrigen Deutschen, die in Hamburg auffielen, von einem 25-jährigen Albaner, zwei Österreichern, einem Rumänen und einem gleichfalls erwachsenen Bulgaren, die man alle in München geschnappt hat.

Unter der Rubrik Statistiken werden bei „taschendiebstahl.com“ die Fallzahlen der letzten Jahre bei diesem Delikt in den Großstädten vorgestellt. Die Zahl der Delikte pro 100.000 Einwohner beginnt 2003 bei Schwerin mit ganzen 17 angezeigten Taschendiebstählen und endet bei Köln mit 1.266. Um deutlich zu machen, woher der Name „Hauptstadt der Taschendiebe“ kommt, seien nur drei Zahlen genannt: Berlin mit 529, Aachen mit 544 und Düsseldorf mit 690.

Merkwürdig aber, dass sich die Vielfalt der tatverdächtigen Taschendiebinnen und Taschendiebe, die in der bundesweiten Presseschau enthalten sind und Erwachsene aus der ganzen Welt präsentiert, ausgerechnet in der internationalen Messestadt, im Touristenzentrum Köln, nicht wiederfindet. Das mediale Bild, das durch die regelmäßigen Polizeiberichte entsteht, wird hier in Köln quasi monokulturell von Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien bestimmt. Auch was das Alter angeht, steht hier die Welt gleichfalls auf dem Kopf – die Täter scheinen eher Kinder und Jugendliche zu sein, die eigens dafür geschaffene Bezeichnung „Klau-Kids“ schreibt das fest. Warum ist das so? Machen internationale erwachsene Täterinnen und Täter um Köln einen Bogen? Sind sie eingeschüchtert vom Ruf der Kölner Ermittlungsgruppe Taschendiebstahl? Oder ist „Tasma“, so der Name dieser Ermittlungsgruppe, ein Such-Programm für Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien? „Tasma“ bedeutet auf serbokroatisch Tasche.

Diese Frage drängt sich auf, wenn man sich die Ermittlungsergebnisse beim Taschendiebstahl ansieht. Die liegen bundesweit im Schnitt bei 4%, aber in Köln – dank „Tasma“ – bei 8%.

Und unter diesen 8% sind Roma – Kinder, Jugendliche und Erwachsene – extrem überpräsentiert. Ob das daher kommt, weil in Köln die so genannten

„unerlaubt eingereisten Flüchtlinge“ der Stadt „auf der Tasche liegen“ und man sie gerne loswerden möchte und das umso einfacher geht, je kriminalisierter diese Minderheit ist? Auch das ist zugegebenermaßen spekulativ. Eine fundierte Studie zu der ganzen Problematik liegt nicht vor. Angesichts der Dauer, mit der man sich in Köln damit beschäftigt, muss man das merkwürdig nennen. Aber es ist kein Kölner Phänomen – qualitative Studien über die Lebenswirklichkeit von Flüchtlingen im Allgemeinen gibt es in ganz Deutschland nur wenige, Studien über die in die Bundesrepublik geflüchteten Roma im Besonderen kann man an den Fingern einer Hand abzählen.

Erst jetzt liegt eine erste Studie „Zur Kriminalisierung der „Zigeuner“ vor: „Diebstahl im Blick“? Herausgegeben von Udo-Engbring-Romang und Wilhelm Solms im Auftrage der Gesellschaft für Antiziganismusforschung. Die acht außerordentlich informativen Beiträge in diesem Band gehen auf eine Tagung zurück, die sich im April 2001 an der Universität Marburg mit antiziganistischen „Zigeunerbildern“ befassste.

Für alle, die sich schon ein paar Gedanken über die Geschichte der „Zigeuner“ in Deutschland gemacht haben, wird es nicht überraschend sein, dass ihre Geschichte eine Geschichte der Kriminalisierung, der Verfolgung und Ermordung ist. Schon der Titel des Buches – ein Zitat von Gerhart Hauptmann – verweist auf das verbreitete Vorurteil gegenüber dieser Minderheit: „Zigeunern“ kann man den Diebstahl schon in den Augen, im Blick ansehen. Dabei handelt es sich durchaus um eine repräsentative Aussage, wie im letzten Beitrag „Zur Literarischen Tradition des „Kinderraubs“ von Wilhelm Solms bilanziert wird. „Der schwerwiegende Verdacht, „Zigeuner“ würden kleine Kinder stehlen, verdankt sich demnach dem Nachahmungs- und Variationstrieb von Dichtern. Und dies sind in erster Linie nicht die Verfasser von Jugendliteratur oder Unterhaltungsliteratur, sondern Autoren, die im deutschen Musentempel in der ersten Reihe sitzen.“

Aber in dieser besonderen Verantwortung der deutschen Dichterfürsten für die Weiterverbreitung der Mär von den Kinder stehlenden „Zigeunern“ zeigt sich nur die gesellschaftliche Tendenz und die oft genug darin zum Ausdruck kommende Verkehrung der tatsächlichen Entwicklung: „Die Tatsachen zeigen sich bei genauerer Betrachtung anders: der Staat selbst plante und organisierte den Kinderdiebstahl an den Zigeunern, alle hatten das Recht, den so genannten Vagabunden ihre Kinder zu nehmen, sie zwangsweise zu adoptieren, um sie zu „erziehen“, zu „guten christlichen Leuten“ zu machen mit einem doppelten Nutzen: ein „schönes“ Kind

und eine billige Arbeitskraft. Oder die „Zigeuner-Kinder“ wurden in Armenhäuser, Erziehungsanstalten, Psychiatriien untergebracht.“ (S. 11)

Interessant sind auch die regionalen und lokalgeschichtlichen Studien in dem Band, die beweisen, dass es in der Jahrhunderte alten Geschichte der „Zigeuner“ in Deutschland auch Ansätze zu einer Integration beziehungsweise der Assimilierung gab.

Es wird eine Weile dauern, bis in der Bundesrepublik diese Ergebnisse der neueren sozialgeschichtlichen Forschung ins öffentliche Bewusstsein Eingang gefunden haben werden. „Zigeuner“ waren in deutschen Landen Soldaten, Teil städtischer Ordnungskräfte und Gefängniswärter. „Der kriegsbedingt hohe Bedarf an Soldaten wurde üblicherweise auch mit „Zigeunern“ gedeckt. Die Tätigkeit als Soldat unter den Bedingungen der privatwirtschaftlich organisierten Söldnerheere mit Tross bedeutete einen in etwa gesicherten Unterhalt, Gemeinsamkeit des Lebens in der familiären Gruppe innerhalb der „Lagergesellschaft“ und einen geschützten Status für alle, die dazugehörten.“ (S. 65)

In solchen Zeiten kam es durchaus nicht selten auch zur Übernahme von Patenschaften:

„Patenschaften bedeuteten individuelle Schutzverpflichtungen. Kirchenbücher belegen, dass bei Taufen von „Zigeunern“ immer wieder eine große Zahl von Paten aus den lokalen oder regionalen Oberschichten bereit war, auf diese Methode der Risikoabsicherungen einzugehen und diese Verpflichtung zu übernehmen.“ (S. 90)

Es gab auch absolut positive Berichte von Regierungsbeamten über Sinti-Familien: „Diese Quelle ist insofern bemerkenswert, als Sinti einmal nicht als gefährliche „Fremde“ beschrieben, die stehlenderweise die Landbevölkerung als „Plage“ heimsuchten, sondern selbst von Verwaltungsbeamten als ehrliche und vertrauenswürdige Menschen in Schutz genommen wurden. Bisher wurden in der Tziganologie fast ausschließlich Quellen veröffentlicht, die die herrschenden Vorurteile unterstützten.“ (S. 120)

Eine fast 200 Jahre alte Nachricht eines Lehrers an die „Berlinische Gesellschaft zur Beförderung der evangelischen Missionen unter den Heiden“ (gemeint waren die „Zigeuner“, K.J.), liest sich fast wie ein Bericht aus dem Kölner Stadt-Anzeiger über Amoro Kher oder andere Schulprojekte für die Roma-Kinder von heute: „Mit welchem Eifer sie in die Schule kommen, können Sie nicht glauben; welche Freude und Erquickung für mein oft bedrängtes Herz, wenn ich Kinder und Väter sehe, mit Begierde etwas Gutes zu hören und zu lernen.“ (S. 123)

In einem anderen Beitrag des Buches

könnte man glauben, auf die Ursprünge des Vier-Stufen-Plans der Kölner Stadtverwaltung gestoßen zu sein, die sich halbherzig um die Integration der Roma bemüht: „Ähnlich wie in den schon genannten deutschen Bundesstaaten bekam in Preußen sowohl auf Gesetzes- und Erlass- wie auch auf Verwaltungsebene die Disziplinierung der Sinti und Roma über die Kontrolle der Schulpflicht und die Androhung der Unterbringung der Kindern in Zwang- und Fürsorgeerziehung eine besondere Bedeutung.“ (S. 165)

Die Interessen der Mehrheitsgesellschaft, die „Zigeuner“ mit Kriminalität zu verknüpfen und zum dominanten Darstellungsmuster zu machen, blieb vorherrschend. „Im Zeitalter einer beginnenden Charakterisierung der Völker und Volksgruppen hatte dies die fatale Wirkung, dass den ‚Zigeunern‘ nur die Kriminalität als Charakterzug zugeschrieben wurde. Ähnliche Verallgemeinerungen lassen sich auch aus der

jüdischen Verfolgungsgeschichte zeigen.“ (S. 20) „Das Bild des sittlich verwilderten ‚Zigeuners‘ wurde als Gegenbild zum Menschen der bürgerlichen Gesellschaft entworfen.“ (S. 119) Die schlimmen Lügengeschichten über kriminelle „Zigeuner“, die Kinder rauben und sie an Juden verkaufen, die sie für Ritualmorde benutzen, haben kollektive Gefühlslagen produziert, die zum Nährboden einer mörderischen Vernichtungspraxis führten.

Das schier Unglaubliche ist aber, dass das nach 1945 nicht aufhörte. So hieß es in einer baden-württembergischen Polizeizeitung 1949: „Der echte Zigeuner ... neigt zum Betteln, Diebstahl und Betrug und will ohne ordentliche Arbeit auf Kosten anderer leben.“ Und in einem höchstrichterlichen Urteil in einem Widergutmachungsverfahren: „Die Zigeuner neigen zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und zu Betrügereien. Es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe zur Achtung vor

fremden Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist.“ (S. 19)

Angesichts der aktuellen Bemühungen in Köln, die Roma-Kinder einzuschulen, sei abschließend darauf verwiesen, dass das Scheitern der zitierten pädagogischen Bemühungen Anfang des 19. Jahrhunderts auch dadurch bedingt war, dass die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen unangetastet blieben, und damit die erbärmlichen Wohn- und Lebensverhältnisse. (S. 124) Daran hat sich bis heute wenig verändert. Deshalb ist diese historischen Auseinandersetzung mit der Kriminalisierung der „Zigeuner“ hochaktuell.
*Klaus Jünschke, Köln, den 1. März 2003
(aus: Antifaschistische Nachrichten Nr. 5/2005)*

Engbring-Romang, Udo/ Solms, Wilhelm (Hrsg.) (2005): „Diebstahl im Blick? Zur Kriminalisierung der Zigeuner. Seeheim 2005, Antiziganismusforschung Band 3

Miguel Mejides, Juan Carlos Rodríguez, Marta Rojas u.a.

Narben in der Erinnerung

Dieser Titel ist die literarische Verarbeitung von über vier Jahrzehnten terroristischer Aktionen von exilkubanischen Contras aus Miami und US-Geheimdiensten – aus der Sicht der Opfer.

Diese Anschläge haben in Kuba und in der Luftfahrt zu 3.478 Toten, 2099 Verstümmelten sowie nicht bezifferbaren Verletzten und Traumatisierten geführt. Da sich der Druck seitens der Bush-Regierung auf Kuba in den letzten Jahren erhöht hat und unverhohlen mit militärischer Intervention gedroht wird, haben sich der kubanische Schriftstellerverband und das Kubanische Buchinstitut zur Herausgabe des Bandes entschlossen, um das politische Problem durch die literarische Form einer größeren Verbreitung zuzuführen.

18 namhafte kubanische Autorinnen und Autoren haben deshalb Ereignisse dieses verdeckten Krieges gegen den Inselstaat aufgegriffen und Erzählungen darüber geschrieben. Weitere 18 namhafte Künstlerinnen und Künstler des Landes haben zu jeder dieser Erzählungen eine Illustration angefertigt.

Der Band ist 2003 in Havanna erschienen, im Januar 2004 in Mexiko. Weitere Ausgaben in den USA, Frankreich, Spanien etc. sind in Vorbereitung.

Hintergrund: Die „Miami 5“

In den USA sind fünf in Miami lebende Kubaner zu langjährigen Haftstrafen bis zu lebenslänglich verurteilt worden, weil sie gegen Kreise ermittelt haben, die von Florida aus Anschläge in Kuba

durchgeführt haben. Durch die verdeckten Ermittlungen der „Miami 5“ konnten zahlreiche Anschläge verhindert werden. Die kubanische Regierung hat den Sicherheitsdiensten der USA diese Informationen zur Verfügung gestellt, was zur Folge hatte, dass die fünf Ermittler verhaftet und wegen „Spionage gegen die USA“ und „Gefährdung der Sicherheit der USA“ verhaftet und als „Terroristen“ gebrandmarkt und schließlich verurteilt wurden.

Ironie des Falles: Diejenigen, die halben, terroristische Aktionen zu verhindern, wurden zu „Terroristen“ gestempelt. Und die US-Regierung fühlt sich ausspioniert, obwohl die fünf Kubaner ausschließlich in Kreisen des exilkubanischen Untergrundes ermittelt haben.

Leonard Weinglass, legendärer US-Bürgerrechtsanwalt, Hauptanwalt im laufenden Berufungsverfahren der „Miami 5“ vor einem US-Berufungsgericht in Florida, bereist derzeit die Welt, um Öffentlichkeit über den Fall herzustellen, und hat deshalb das aktuelle Nachwort für die deutsche Ausgabe verfasst.

Miguel Mejides

Geboren 1950 in Camagüey/Kuba, Studium der Geschichte an der Universität in Camagüey. 1977 Veröffentlichung seines ersten Buches *Tiempo de hombres* (Zeit der Menschen). 1983 Nationaler Literaturpreis Kubas für *El jardín de las flores silvestres* (Der Garten der wilden Blumen). 1984 zweiter Nationaler Literaturpreis für *La habitación terrestre* (Das irdische Zimmer). Von 1988 bis 1993 war er Vorsitzender des Kubanischen Schriftstellerverbandes.

1994 erhielt seine Erzählung *Rumba Palace* den mexikanisch-französischen Juan-Rulfo-Preis. Für sein schriftstellerisches Gesamtwerk folgte 1996 die

Auszeichnung für Nationale Kultur der Republik Kuba.

Seine Erzählungen erschienen in verschiedenen Anthologien, u.a. in Mexiko, Brasilien, Argentinien, Italien, Österreich und den USA. Übersetzungen ins Russische und Französische. In deutschen Verlagen sind bisher erschienen: Der Portugiese Durao in: *Erkundungen II, 33 kubanische Schriftsteller*, Verlag Volk und Welt, Berlin (DDR) 1987, und Virginia in: *Die Entdeckung Westindiens*, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/Main 1989. 1998 im Atlantik Verlag der Erzählband *Rumba Palace* (übersetzt von Mechthild Dortmund, Hannover). Mejides bereiste aus Anlass dieser Veröffentlichung im September und Oktober 1998 achtzehn bundesdeutsche und drei österreichische Städte.

Im November/Dezember 2001 besuchte er die Bundesrepublik erneut zu einer Lesereise, auf der er seine mit Fotos von Garziano Bartolini und einer CD kombinierte Erzählung *Insel der Musik – Eine Reise auf den Spuren des son cubano* (Atlantik Verlag) vorstellte.

Miguel Mejides lebt und arbeitet in Havanna. Er ist Mitglied des Kubanischen Schriftsteller- und Künstlerverbandes UNEAC (Unión de Escritores y Artistas de Cuba) und arbeitet für das Kubanische Filminstitut ICAIC als Dozent der Drehbuchwerkstatt.
(aus: *Kommunale Berichte Stuttgart*, Nr. 6/05, 18. März 2005)

Achtzehn Erzählungen über vier Jahrzehnte terroristischer Aggression gegen Kuba. Ein illustrierter Erzählband

Einleitung von Roberto Fernández Retamar (Präsident d. Casa de las Américas). Nachwort von Leonard Weinglass, ca. 240 Seiten mit 18 Illustrationen, 17.80 EUR, ISBN 3-926529-46-6, erschienen im März 2005

23. April. Erfurt. Gewerkschaftstag der GEW.

23./24. April. Köln. Kommunalpolitische Konferenz der PDS. (ausführliche Beschreibung: s. Pol. Berichte 4/2005). Anmeldung bitte bei: Alexander King, Tel. 030/24009 363, Fax 030/24009 624, alexander.king@pds-online.de. Jeder/jede angemeldete Konferenzteilnehmer/-in bekommt rechtzeitig per Email oder Post die Tagungsunterlagen zugeschickt. Unter anderem wird ausführlich über die kommunalpolitischen Leitlinien diskutiert werden. Der aktuelle Entwurf findet sich unter: http://sozialisten.de/politik/kommunal/entwurf_leitlinien/index.htm

28. April bis 16. Mai. New York. UN-Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages und „Völkergipfel für die nukleare Abrüstung“ mit Demonstration am 1. Mai. Dazu gibt es vom 1. bis 14. Mai 2005 eine bundesweite Veranstaltungsreihe mit dem Märchenerzähler Hansjörg Ostermayer (Tübingen).

29. April, Köln. Hauptversammlung der Bayer AG, Kölner Messe, Kritische Aktionäre protestieren gegen die Kehrseiten der Geschäftspolitik des Unternehmens, Gegenanträge: www.cbgnetwork.org

6. Mai, Köln. Bundesparteitag der FDP

6. bis 8. Mai. Dortmund. Erster Parteitag der WASG.

7./8. Mai 2005, Potsdam. Internationale historische Konferenz „Bedeutung und Wirkung der Potsdamer Konferenz – Für ein friedliches und sozialgerechtes Europa“. Veranstalter: Bundesausschuss Friedensratschlag und die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Land Brandenburg. Beginn: Samstag, 7. Mai, 16 Uhr (vorgeschaltet ab 13 Uhr eine Führung durch Cecilienhof); Ende: Sonntag, 8. Mai, 16 Uhr. Ort: Altes Rathaus, Potsdam, Am Alten Markt. Anmeldung: <mailto:frieden-und-zukunft@t-online.de>

8. Mai, Berlin und anderswo. 60. Jahrestag der Kapitulation des Hitlerfaschismus. Verschiedene Gedenkveranstaltungen.

13. Mai, Mainz. Seminar Abschottung nach außen – Ausgrenzung im Innern: Zuwanderungsgesetz, europäische Migrations- und neue Armutspolitik. Veranstalter Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI), gefördert von Jenny-Marx-Gesellschaft Rh.-Pfalz, 10 bis 16 Uhr. Mit dieser Fachtagung sollen die ersten praktischen Erfahrungen aus der Beratungsarbeit der Flüchtlings- und Erwerbslosen-/Sozialhilfeinitiativen und Organisationen verglichen und vor dem Hintergrund zunehmender Entrechtungsprozesse diskutiert werden. Leitgedanke dieses Erfahrungsaustauschs ist der Ansatz, das Zuwanderungsgesetz und die ‚Hartz IV-Reform‘ nicht als Endzustand der aktueller Entwicklung, sondern vor dem Hintergrund der fortschreitenden europäischen Abschottungspolitik zu betrachten. Ort: Mainz, Seminarraum der AWO, Leibnizstraße 47. 55118 Mainz, (Neustadt). Näheres: www.bag-shi.de.

20.–22. Mai, Köln. Bundesweiter antirassistischer Kongress in Köln, Alten Feuerwache, Melchiorstr. 3, Koordination: Kölner Netzwerk „kein mensch ist illegal“. www.kmii-koeln.de

25. bis 29. Mai. Hannover. Evangelischer Kirchentag. Motto: „Wenn Dein Kind Dich morgen fragt“.

29. Mai. Frankreich. Volksentscheid über die EU-Verfassung.

3.–5. Juni. Hamburg. Kongress „McPlanet.com - Konsum. Globalisierung. Umwelt“, an der Uni Hamburg, Kongresssprachen: Deutsch und Englisch zum Teil in Simultanübersetzung,

Attac, BUND, Greenpeace in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. www.mcplanet.com

17./18. Juni. Strategiekonferenz der PDS. Sozialismus im 21. Jahrhundert, Strategie des Wandels – Wandel der Strategien

21. bis 24. Juli. Erfurt. Bundesweites Sozialforum. In zahlreichen Workshops sollen Lösungen gefunden werden unter anderem zu den Themenschwerpunkten „Arbeit und Menschenwürde“, „Menschenrechte und politische Teilhabe“ oder „Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt“. 36 Organisationen hätten bereits ihre Unterstützung zugesagt, teilte der DGB Thüringen als einer der Veranstalter mit.

28. Juli bis 6. August. Aktions-Radtour (Tour 1) „Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa!“ – 60 Jahre Hiroshima. Route: Amberg - Regensburg - Ingolstadt - Augsburg - Ulm - Engstingen - Tübingen - Stuttgart - Ramstein - Büchel, (9 Tagesetappen mit Streckenlängen zwischen 50 und 80 km), Veranstalter: DFG/VK BaWü, Bayern. www.dfg-vk.de

5. und 6. August. Weltweit. 60. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Zahlreiche örtliche Gedenkaktionen der Friedensbewegung sind geplant. Eine Übersicht über die Termine bietet: www.friedenskooperative.de.

3. Oktober. Bonn. Ord. Gewerkschaftstag IG Bauen-Agrar-Umwelt.

9. Oktober. Hannover. Ord. Gewerkschaftstag IG Bergbau, Chemie, Energie.

28./29. Oktober. Rüsselsheim. 10. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2005	Mai	NRW	Landtag	22.5.	5 Jahre
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemb.	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	alle Länder	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de